

**1'2003**  
**POLIZEI**  
**BRANDENBURG**

**info**  
**110**



# **POLIZEI** **DAS THEMA** **& SCHULE**

**Pauker,  
Pennäler und  
Polizisten**

**In Buckow:  
„Stark gegen  
Gewalt“**

**Willkommen  
in der  
„Internetwache“**

**Forschungs-  
projekt „Täter-  
profil von  
Brandstiftern“**



**Impressum**

*Herausgeber*  
Ministerium des Innern  
des Landes Brandenburg

*Redaktion*  
Ralph Leidenheimer (verantw.)  
Peter Salender  
Norbert Horn

*Anschrift*  
Henning-von-Tresckow-Str. 9-13  
14467 Potsdam  
Telefon 0331/866-2846  
e-mail  
peter.salender@mi.brandenburg.de  
http://www.polizei.brandenburg.de/info110/index.htm

ISSN 1430-7669

*Layout*  
Rosenfeld:MRDesign

*Druck*  
Landesbetrieb Landesvermessung  
und Geobasisinformation  
Brandenburg

*Fotos*  
Archiv: MI-AG Fachliche  
Öffentlichkeitsarbeit, SB E-E,  
SB CB/SPN, LESE, FHPol, ORB

13. Jahrgang, Nr. 1/2003

Auflage 8 000

*Redaktionsschluss*  
21. März 2003

*Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.*

*Nach zwei Sonderausgaben unserer Polizeizeitschrift, die eine zur Polizeistrukturreform vom 1. Juli 2002, die andere zum Elbehochwasser im August des vergangenen Jahres, halten Sie nun wieder eine info 110 in der Hand, die inzwischen länger als 10 Jahre verschiedene Aspekte Ihres Polizeiberufes möglichst breitgefächert und bunt gemischt widerspiegelt. Zu diesem Berufsalltag gehört seit nun schon einem Dreivierteljahr die neue Organisation der Landspolizei. Die meisten Startprobleme sind Vergangenheit. Der tägliche Dienst wie auch besondere Einsatzsituationen haben gezeigt, dass sich die neuen Strukturen bewähren. Hier und da signalisieren die Praxiserfahrungen allerdings Nachbesserungsbedarf bei den Organisationsentscheidungen. Zur Normalität gehört deshalb jetzt auch eine Evaluierung der Polizeireform. Eine spezielle Projektgruppe wird in den nächsten Wochen hierzu zügig aber gründlich arbeiten. Ihre Arbeitserfahrungen vor Ort werden dabei eine zentrale Rolle spielen. Für diese Ausgabe „Polizei und Schule“ haben wir ein Thema gewählt, das mit der Polizeistrukturreform weiter an Bedeutung gewonnen hat und das nahezu jedes Tätigkeitsfeld des polizeilichen Alltags unmittelbar wie auch im weitesten Sinne berührt – Die Prävention.*

*Der Beitrag zum behörden- und inzwischen länderübergreifenden Projekt „Brandstifter im Visier“ ist ein Beispiel dafür, wie ein hohes Maß an persönlichem Engagement und beruflichem Interesse ein Vorhaben voran bringt, das eine der Kernaufgaben der Polizei auf dem Feld der Kriminalitätsbekämpfung, nämlich anwendungsorientierte Forschung zu betreiben, berührt. Auf den präventiven Gedanken, Brandserien zu verhindern und die Sicherheit des Bürgers sowie seines*

*Eigentums damit nachhaltiger zu gewährleisten, sei ausdrücklich hingewiesen.*

*Auch das Hauptthema dieser Ausgabe, der Intensivierung der Kooperation zwischen Polizei und Schule zur Kriminalprävention bei Kindern durch die Umsetzung des Gemeinsamen Runderlasses zwischen dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, vom 10.09.02 beschreibt das Anliegen einer noch wirkungsvolleren Prävention ausführlich. Demnächst soll ein umfassender Bericht zum Stand der Umsetzung dieses Erlasses vorliegen. Wir berichten mit einigen zufällig gewählten Beispielen wie „Pauker, Pennäler und Polizisten“, „Netzwerk Prävention“, „Stark gegen Gewalt“ oder „Donnerstags in der Schule“ von den Anfängen und den sehr unterschiedlichen Wegen zur praktischen Ausgestaltung der schriftlich gefassten Kooperationsbeziehungen. Doch die Präventionsbemühungen der Polizei Brandenburgs setzen noch früher ein. Gegenwärtig geht ein Fall von Kindesmissbrauch nach dem anderen durch die Medien. Grund genug für die Puppenbühne der Polizei des Schutzbereiches Cottbus/Spree-Neiße, bereits in Hort und Kindergarten auf das richtige Verhalten Fremden gegenüber zu orientieren. Die Kollegen der Puppenbühne wie übrigens auch die Musiker des Landespolizeiorchesters nehmen damit eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Arbeit in den Kindergärten und der weiteren Betreuung der Polizei in den Grundschulen ein. Wie kommen nun aber all unsere Bemühungen bei den Kindern an? Lohnt sich das arbeitsreiche Engagement der Brandenburger Polizei überhaupt? Wir haben Schüler und Eltern nach einem Besuch im Innenministerium und bei der Potsdamer Polizei befragt. Einige Briefe mit ihren Eindrücken sind Bestandteil des Beitrages „Einsatznachbereitung in der Grundschule“ und über die Seiten des Hauptthemas verteilt zu lesen.*

*Im Rahmen einer Frühjahrskampagne der Polizei gegen Rotlichtverstöße, Missachtung der Vorfahrt, falsches Überholen sowie Drogen im*

*Straßenverkehr, so berichtet der Artikel „Ein weiteres Standbein für die LESE“, unterstützt die Landeseinsatzeinheit die Verkehrsprävention der Polizeipräsidien. Weitergeführt wird dieser Gedanke der verstärkten Repression unter Einbeziehung der Landeseinsatzeinheit mit dem Beitrag „Konsequent gegen Graffiti“ aus der Stadt Brandenburg. Der dortige Schutzbereich und die LESE schlossen eine Zielvereinbarung zur Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien in der Stadt Brandenburg ab und arbeiten wie bereits aus der aktuellen Medienberichterstattung ersichtlich, sehr erfolgreich zusammen.*

*Es ist durchaus möglich, dass Ihnen das eine oder andere Foto dieser Ausgabe bekannt vorkommt, die eine oder andere Textinformation ebenfalls. Das Intranet der Polizei ist als modernes Informationsmedium zur „Konkurrenz“ herangewachsen. Es informiert Sie schnell und aktuell, allerdings nur innerhalb der Landesgrenzen Brandenburgs. Das zum einen. Zum anderen beleuchtet es meist auch nur den Augenblick. info 110 möchte umfassender berichten, den Zusammenhang aufzeigen, konzeptionelle Gedanken vorstellen und darüber innerhalb und außerhalb der Polizei Brandenburgs informieren. Ein derartiges Projekt wie beispielsweise die am 13. Februar dieses Jahres eröffnete „Internetwache“ ließe sich, will man den Leistungen und dem Engagement der beteiligten Partner wie den Polizeipräsidien Potsdam und Frankfurt (Oder), dem Zentraldienst der Polizei Brandenburgs sowie den Kollegen verschiedener Referate des Innenministeriums gerecht werden, nicht in solch einer Fülle von Details auf den Intranetseiten darstellen. Deswegen werden wir bei aller Konkurrenz in Zukunft ein Miteinander dieser „neuen“ mit den eher „traditionellen“ Medien praktizieren.*

*Ein Wort noch in eigener Sache. Spätestens beim Blick in das Impressum werden Sie sich fragen, was macht eigentlich die langjährige Redakteurin der info 110, Dorothee Gräf. Im Frühjahr des Jahres 2002 hat sich Frau Gräf dafür entschieden, ihren „Doktor zu machen“ und aus dem Öffentlichen Dienst auszuscheiden. Vorerst jedoch kümmert sie sich um ihre Tochter, von der sie im Dezember des vergangenen Jahres entbunden wurde. Herzlichen Glückwunsch! Die Redaktion*

*Während der Arbeitsberatung aller Pressesprecher der Polizeibehörden und -einrichtungen am 11. Februar 2003, an der auch Journalisten von Print- und elektronischen Medien sowie der Pressesprecher des Innenministeriums Heiko Homburg (l.), teilnahmen, unterstrich der Leiter der Abteilung „Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Polizei, Brand- und Katastrophenschutz“, Ministerialdirektent Hans-Jürgen Hohnen (2.v.l.), die Notwendigkeit einer genauso offensiven wie konstruktiven Zusammenarbeit mit den Medien.*





Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung

Seite 7



Schüler bedanken sich beim Innenminister

Seite 10



Netti und Alex in Aktion

Seite 13



Polizisten der LESE im Einsatz

Seite 16

	<b>4</b>	<b>DAS THEMA</b>
Intensivierung der Kooperation zwischen Polizei und Schule	4	
Donnerstags in der Schule	5	
Pauker, Pennäler und Polizisten...	6	
Gemeinsame Verkehrskontrollen und einiges mehr	7	
Netzwerk Prävention	8	
Cottbusser Puppenbühne auch bei Hortkindern gefragt	9	
„Einsatznachbereitung“ in der Grundschule „Ludwig Renn“	10	
Wie wird man eigentlich Minister?	11	
So toll kann Musikunterricht sein	11	
Elternbriefe – ein Instrument zur Prävention	12	
Projekt „Stark gegen Gewalt“ wird in Buckow umgesetzt	13	
	<b>14</b>	<b>IM BLICKPUNKT</b>
Das Projekt „Internetwache“	14	
	<b>16</b>	<b>POLIZEIPRAXIS</b>
Ein weiteres Standbein für die LESE	16	
Konsequent gegen Graffiti	17	
Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abwehren	18	
	<b>19</b>	<b>POLIZEI INTERN</b>
Forschungsprojekt „Täterprofil von Brandstiftern“	19	
Durchbruch bei Finanzplanung	20	
Neue Wege in der Verkehrsüberwachung	21	
Konzept zur Bekämpfung „Politisch Motivierter Kriminalität“	22	
Erste Hoffnung am Hindukusch	23	
	<b>24</b>	<b>POLIZEISPORT</b>
Übungsleiterlehrgang an der FHPol findet großen Zuspruch	24	
Guido Handrick – erfolgreichster Mannschaftssportler	25	
Die Höhepunkte des Sportjahres 2002	26	
Fachwarte für die Wettkampfsportarten ernannt	26	
LESE-Angehörige bei den World Police & Fire Games 2003	27	
	<b>27</b>	<b>AKTUELL</b>
Ein Blick zurück – und in die Zukunft	27	
Einführung der Krankenversichertenkarte	27	
	<b>28</b>	<b>VERMISCHTES</b>
Personalnachrichten	28	
Es herrscht Offenheit zwischen uns und wir gehen fair miteinander um	28	
Trickbetrüger ermittelt	30	
Rezensionen, Neuvorstellungen	30	



# Intensivierung der Kooperation zwischen Polizei und Schule zur Kriminalprävention

THEMA

Gegenseitige Ansprechpartner für ideenreiche Präventionsprojekte



## Die Idee

Die im Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg bestehende Arbeitsgruppe 3 (Kommunale Netzwerke) befasst sich vorrangig mit der Zusammenführung der Präventionsaktivitäten vor Ort und will insbesondere die konzentrierte Aktion Kommunale Kriminalitätsverhütung (KKV) im Lande weiterentwickeln. Um diese Aufgabe von Beginn an auf eine solide wissenschaftliche Datenbasis zu stellen, hatte die Arbeitsgruppe bereits in ihrer 2. Sitzung am 11. September 2000 vorgeschlagen, eine umfassende Bestandsaufnahme zur Arbeit der vor Ort bestehenden Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung durchzuführen. Der Vorstand des Landespräventionsrates unter Leitung von Minister Schönbohm nahm diese Anregung auf und beschloss in seiner Sitzung am 13. März 2001 eine Kooperationsvereinbarung zur Erarbeitung dieser Bestandsaufnahme zwischen der Universität Potsdam und dem Landespräventionsrat abzuschließen. Die durch die Projektgruppe des Faches Soziologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam unter Leitung von Prof. Dr. Dieter Holtmann erarbeitete Studie wurde im November 2001 vorgelegt. In der 6. Vorstandssitzung des Landespräventionsrates am 13. November 2001 wurden die Ergebnisse der Studie vorgestellt und diskutiert. Dabei wurde u.a. deutlich, dass das

Thema „Intensivierung der Zusammenarbeit von Schule<sup>1</sup> und Polizei“ einer weiteren Erörterung bedurfte, hatte doch die Studie die klare Aussage getroffen, dass Lehrer und Schulleiter für die Mitarbeit in Gremien der KKV nur schwer zu werben sind. Für sie bedeute eine solche Zusammenarbeit ein öffentliches Eingeständnis von Problemen, das sich auf den Ruf der Schule negativ auswirken kann.<sup>2</sup> Der im Rahmen dieser Vorstandssitzung unterbreitete Vorschlag der Bildung von „Patenschaften“<sup>3</sup> zwischen Schulen und Polizei wurde aufgegriffen und als Auftrag formuliert.

## Die Umsetzung

In der Arbeitsgruppe Polizeiliche Prävention des Ministerium des Innern, in der zugleich die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates angesiedelt ist, wurde auch die weitere Vorgehensweise der Umsetzung des Auftrages erörtert. Insbesondere war die Lage im Bereich der Jugendkriminalität, speziell im Bereich von Schulen zu beurteilen. Zudem waren die bereits lokal, regional sowie landesweit an Schulen umgesetzten Zusammenarbeitsformen sowie Präventionsprojekte zu berücksichtigen. Soweit zugänglich, sollten auch die in anderen Bundesländern mit ähnlichen Projekten gemachten Erfahrungen betrachtet werden.

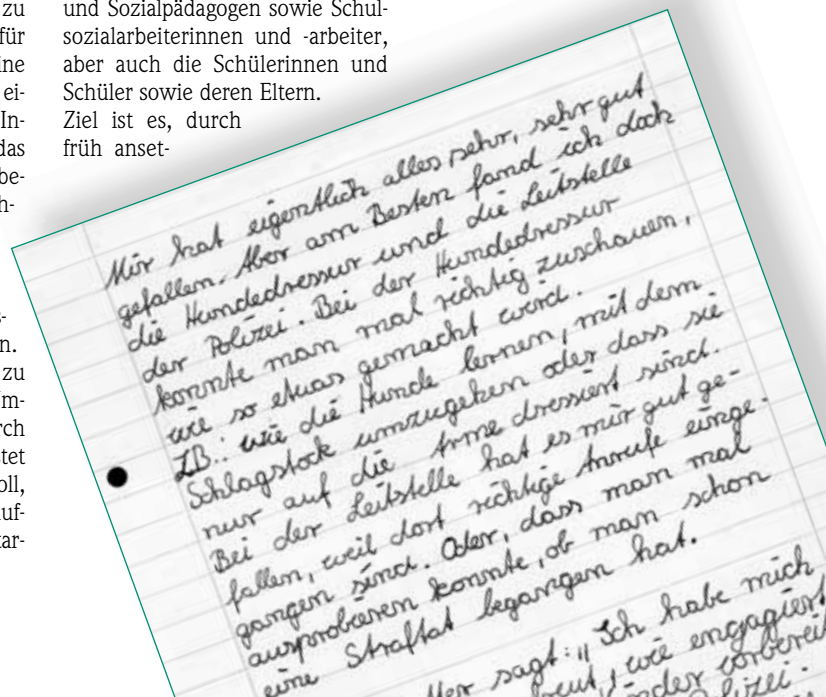
Bei der Erarbeitung eines entsprechenden Erlasses war vorrangig zu beachten, dass dieser sowohl für Schulen als auch die Polizei eine Bindungswirkung entfalten und eine hohe Akzeptanz finden sollte. Insofern war bei der Erarbeitung das Bildungsressort umfassend zu beteiligen. Ebenso sollten die im Rahmen des Erlasses aufzuzeigenden Formen der Zusammenarbeit lediglich beispielhaften Charakter tragen und die kreative Ausgestaltung vor Ort ermöglichen. Wichtig war uns auch deutlich zu machen, dass die polizeiliche Umsetzung dieses Erlasses nicht durch die Sachgebiete Prävention geleistet werden kann und auch nicht soll, sondern die Empfehlung der Beauftragung weiterer geeigneter Mitar-

beiter bessere Möglichkeiten der Umsetzung eröffnet ohne weitere Präventionsinstanzen zu etablieren. Der erarbeitete Erlassentwurf wurde mehrfach auf der Arbeitsebene mit dem Bildungsressort abgestimmt, bis ein unterschrittreicher Entwurf vorlag. Der durch beide Minister unterzeichnete Gemeinsame Runderlass wurde der Öffentlichkeit in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 8. Oktober 2002 vorgestellt. Dabei betonten beide Minister: „Rechtsbewusstsein stellt sich bei jungen Menschen nicht automatisch ein, dazu bedarf es früher Einflussnahme. Neben der Verantwortung der Eltern sind auch ein gutes schulisches Umfeld und Vertrauen in Schule und Polizei gefragt. Hier gibt es vielfältige Möglichkeiten und Potenzen. Wir werden sie künftig noch besser aktivieren und vernetzen“. Zwischenzeitlich ist der Runderlass auch im Amtsblatt für Brandenburg<sup>4</sup> veröffentlicht.

## Zum Inhalt des Erlasses

Die Initiierung von Schulpartnerschaften folgt dem Gedanken, die Zusammenarbeitsformen zwischen Polizei und Schule auf eine neue qualitativ höhere Stufe zu stellen. Zielgruppe partnerschaftlicher Aktivitäten in den Schulen sind vor allem die Lehrkräfte als Multiplikatoren kriminal- und verkehrsunfallpräventiver Inhalte, im schulischen Bereich tätige Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, aber auch die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Ziel ist es, durch früh anset-

zende Prävention das Entstehen von Kriminalität und Gewalt in der Schule und im schulischen Umfeld zu verhindern bzw. zu minimieren. Zudem soll das Rechtsbewusstsein gefestigt sowie das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen zur Schule und Polizei aufgebaut und vertieft werden. Der gemeinsame Runderlass legt zur Schaffung stabiler Kommunikationsbeziehungen, die eine langfristige vertrauensvolle Zusammenarbeit sicherstellen, die Benennung gegenseitiger Ansprechpartner fest. Die den jeweiligen Ansprechpartnern zugeschriebenen Aufgaben sollen beispielhaft ein mögliches Spektrum des Zusammenwirkens aufzeigen. So kommen als Aufgaben des „Ansprechpartners Schule“ die Unterbreitung von Projektvorschlägen/Vorschlägen zu gemeinsamen Präventionsveranstaltungen, die Initiierung und Unterstützung von Multiplikatorenschulungen zur Prävention sowie die Anregung der Einbeziehung der Polizei in Konferenzen oder Elternversammlungen in Betracht. Aufgaben des „Ansprechpartners Polizei“ können insbesondere die regelmäßige Darstellung der polizeilichen Lage hinsichtlich der Kinder-, Jugend-, Gewalt- und Drogenkriminalität im Rahmen schulischer Veranstaltungen, die Unterbreitung von Vorschlägen zu gemeinsamen Präventionsveranstaltungen sowie die Entgegennahme und Weiterleitung von Hinweisen und Mitteilungen sein.



Fürstenwalder Revierpolizei geht neue Wege

## Donnerstags in der Schule

Wie bereits dargelegt, sollte die Verantwortung für die Umsetzung des Erlasses nicht vorrangig den Sachgebieten Prävention in den Schutzbereichen übertragen werden, da dies in Anbetracht der Vielzahl der Schulen nicht leistbar ist. Deshalb wurde festgelegt, dass die Grundschulen durch die jeweils zuständigen Revierpolizisten im Rahmen ihrer Dienstdurchführung betreut werden. In Allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II soll ein geeigneter Polizeibeamter mit dieser Aufgabe betraut werden. Denkbar sind hier beispielsweise Leiter von Polizeiwachen, Koordinatoren der Revierpolizei, Mitarbeiter der Sachgebiete Prävention u.s.w. Jedem Ansprechpartner Polizei sollten dabei jedoch höchstens fünf Schulen zugeordnet werden. Da sich die Ansprechpartner als Bindeglied verstehen und nicht die Präventionsarbeit der Sachgebiete übernehmen sollen, ist die Gewährleistung einer intensiven internen Kommunikation von großer Bedeutung.

Der gemeinsame Runderlass „Partnerschaften Polizei und Schule/Intensivierung der Kooperation zwischen Polizei und Schule zur Kriminalprävention bei Kindern und Jugendlichen“ ist ein weiterer bedeutsamer Baustein zur Vorbeugung und Verhinderung von Gewalt und Delinquenz von Kindern und Jugendlichen im Rahmen einer übergreifenden Gesamtstrategie. Er stellt eine neue Qualität der gemeinsamen Arbeit dar. Alle Beteiligten sind aufgefordert, ihn mit viel Engagement und Kreativität umzusetzen. Eine erste umfassende Berichterstattung beider beteiligten Ressorts ist zum Ende des 1. Quartals 2003 geplant.

Hans-Jürgen Willuda  
Landespräventionsrat

<sup>1</sup> In Brandenburg bestanden im Mai 2002 insgesamt 1122 Schulen, davon 508 Grundschulen, 252 Integrierte Gesamtschulen und 106 Gymnasien (Quelle: LDS, 15.05.2002)

<sup>2</sup> Bestandsaufnahme zur Prävention von Kriminalität..., Landespräventionsrat, Potsdam 30.10.2001, S. 98

<sup>3</sup> Im Rahmen der Umsetzung des Auftrages wurde eingeschätzt, dass der Begriff „Partnerschaften“ dem Anliegen besser gerecht wird

<sup>4</sup> 13. Jahrgang, Nr. 48 vom 20.11.2002

**Dass sich Revierpolizisten dienstlich in einer Schule aufhalten, kommt des öfteren vor. Dass sie sich aber ein eigenes Dienstzimmer in einer Schule einrichten können, hat echten Seltenheitswert und mehrere Vorteile.**

Jeden Donnerstag von 13.00 – 17.00 Uhr stehen Polizeimeisterin Anja Kaske und Polizeikommissar Lutz Lange den Lehrern und Schülern der 3. Gesamtschule Fürstenwalde, wie auch den Eltern, Anwohnern und Sozialarbeitern des Revierbereichs als Ansprechpartner zu Verfügung. Am 9. Januar diesen Jahres unterzeichneten der Leiter der 3. Gesamtschule, Karl-Heinz Wittig, und der Leiter der Revierpolizei in der Polizeiwache Fürstenwalde, vertreten durch PK Lange, dem Anliegen des „Gemeinsamen Runderlasses.....“ entsprechend, einen Kooperationsvertrag. Mit dieser Sprechstunde wol-

len Schule und Polizei die langjährige gute Zusammenarbeit, besonders im Kampf gegen Jugendkriminalität, weiter vertiefen. Die Beamten wollen präsenter sein in dem Bereich der Stadt, in dem sich die meisten Schulen befinden, die meisten Aussiedler wohnen und wo es das größte Freizeitangebot gibt. info 110 schaute den 2 Revierpolizisten an einem Donnerstag während einer Sprechstunde über die Schulter.

Der Funkstreifenwagen stand bereits vor der Schule, dicht umringt von Schülern. Normalerweise soll das Polizeiauto den Schülern, Lehrern und Anwohnern die Anwesenheit der Revierpolizisten signalisieren. In diesem Fall jedoch war gerade ein Unfall passiert und es herrschte helle Aufregung unter den Jugendlichen.

Im Schulgebäude dagegen war es ruhig, die Unterrichtsstunde dauerte bis 13.15 Uhr. Der frühe Beginn

der Sprechstunde sollte auch Schülern die Gelegenheit geben, gleich nach dem Unterricht bei den Revierpolizisten vorbeizuschauen. Kommen die denn überhaupt oder halten sie auf Abstand zur Polizei? Über mangelnden Zuspruch können wir nicht klagen, so Anja Kaske und Lutz Franke. Es sind schon mehrere Schüler hier gewesen, einige sogar mit ihren Eltern. Die Palette der Fragen reicht von Informationen über Drogen bis zu Bedrohungen an der Schwelle zur Körperverletzung. Auch Anzeigen sind bereits erstattet worden.

Ein energisches Klopfen unterbricht die Kollegen. Die Tür, hinter der wir einen kräftigen Schüler vermutet hätten, gibt überraschenderweise einen älteren Herren frei. Rudi Kittker ist der Vorsitzende des Garagenvereins „An der Oderbruchbahn e.V.“ und möchte die Revierpolizisten kennen lernen. Ein konkretes Problem, das er in Form



Rudi Kittker, Vorsitzender des Garagenvereins „An der Oderbruchbahn e.V.“ zeigt Polizeimeisterin Anja Kaske und Polizeikommissar Lutz Lange das Polaroidfoto des abgestellten Autos.



Schulleiter Karl-Heinz Wittig mit seinen Schülern Vivien Mauer mann und Martin Zeume informieren sich über die Fahrradcodierung.



eines Polaroidfotos auf den Tisch legt, hat er auch mitgebracht. Ein ohne Nummernschild im Garagenkomplex abgestelltes Fahrzeug, das nicht dahin gehört wo es steht. Es werden Telefonnummern ausgetauscht und Herrn Kittker versprochen, dass das Fahrzeug überprüft wird. Ein gute halbe Stunde vergeht, inzwischen hat auch die Schulklingel das Ende des Unterrichtstages verkündet, da verabschiedet sich Herr Kittker. Dass es hier jetzt im Neubau-Viertel in Fürstenwalde-Nord eine Repo-Dienststelle gäbe, erleichtere die Klärung unserer Probleme wesentlich, und der Weg ist für die Anwohner auch nicht mehr so weit, meint er noch beim Hinausgehen. Eine Erfahrung, die von Anja Kaske und Lutz Lange bestätigt wird. Bislang gab es für die Bürgerinnen und Bürger von Fürstenwalde-Nord nur die Sprechstunde in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße im Zentrum Fürstenwaldes, also doch weit entfernt und deswegen nur wenig frequentiert.

Die Tür zum Büro wird temperamentvoll aufgerissen. Wieder keine Schüler, diesmal ist es der Schulleiter Karl-Heinz Wittig. Die Schüler werden auch noch ein wenig auf sich warten lassen, denn die sehen sich immer noch die demolierten Autos an. Der Unfall vor der Schule ist von einem Jungen aus den 9. Klasse verursacht worden, informiert er uns. Bei Rot über die Ampel gegangen, ein Auto zur Vollbremsung gezwungen, das nächste fuhr auf. Arbeit genug für die nächsten Tage meint der Schulleiter lächelnd in Richtung Polizei und setzt sich an den Tisch. Das müsse in allen Klassen ausgewertet werden, vielleicht, so seine Bitte, könnten die uniformierten Kollegen zusammen mit ihm vor die Schüler treten. Eine gute Gelegenheit einzuhaken und meine Frage, was ihn dazu bewog, der Polizei ein Büro in der Schule einzurichten, beantwortet er mit: „Genau aus diesem Grund, kurze Wege, schnelle Reaktion. Normalerweise allerdings, bevor etwas passiert. Also ein Gespräch mit Schülern führen, bevor sie sich prügeln, der eine als Täter, der andere als Opfer. Das vermeidet kriminelle Karrieren und unnötige

Leiden drangsaliierter Schüler. Ich weiß, dass viele meiner Kollegen denken, Polizei in der Schule sei nicht gut für's Image oder die Statistik. Doch meiner Meinung nach verringert sich der Abstand zur Polizei bei dieser Art Anwesenheit. Es sinkt die Hemmschwelle, eine Polizistin oder einen Polizisten um Rat zu fragen. Unser Ansatz besteht in der Verhinderung von Delikten, in einer Art Konfliktmanagement. Darunter verstehe ich auch die Hilfe für einen Schüler, der mit sich selbst im Konflikt ist.“

Es klopft wieder, zwei Schüler werden vom Schulleiter energisch herein gewunken, bevor er noch einen Satz ergänzt. „Wir reden zwar hauptsächlich von Hilfe für Schüler, aber auch Lehrer sind Bürger und Anwohner und brauchen Unterstützung, manchmal auch die von Polizisten.“ Karl-Heinz Wittig steht wieder auf und bei Heranschieben des Stuhles schleicht sich noch einmal ein Lächeln in das eben noch so engagiert und strenger wirkende Gesicht. „Also, dieses Büro hat bestimmt auch Vorteile für die Polizei und einen muss ich in Zeiten knapper Kassen noch nennen: keine Miete.“

Polizeimeisterin Anja Kaske wendet sich den Schülern zu, nach dem sich die Tür geschlossen hat. Beide stammen aus der Klasse 7c. Es ist fast wieder Frühjahr, Vivien Maurermann und Martin Zeume wollen sich nach der Fahrradcodierung erkundigen. Die beiden haben darüber in der Zeitung gelesen und waren ganz überrascht, dass sie sich Ihre Informationen nun gleich in der

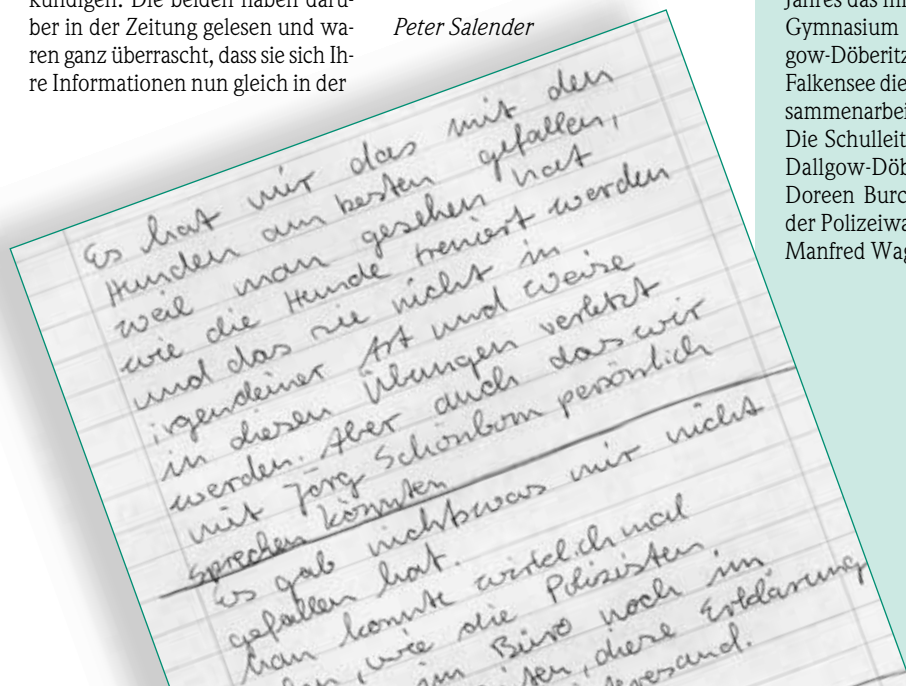
eigenen Schule holen können statt in die weit entfernte Polizeiwache laufen zu müssen.

Polizeikommissar Lutz Franke holt eine Broschüre, um den Kindern den technischen Ablauf zu erläutern. Bevor sie sich darin vertiefen, noch eine letzte Frage an die Revierpolizisten, die nach den Vorteilen. „Tja, ich will jetzt nicht noch mal wiederholen, was Herr Wittig schon sagte. Vielleicht kann ich an einem Beispiel deutlich machen, dass ich uns zwei auch nicht nur als Drohkulisse sehe, sondern auch als Unterstützung der pädagogischen Bemühungen. Man hofft ja immer, dass schon die Uniform abschreckt, aber darauf möchte ich nicht nur reduziert werden. Als ich neulich im Stadtgebiet zwei junge Mädchen, die nicht in die 3. Gesamtschule gehörten, wegen der nicht funktionierenden Beleuchtung vom Fahrrad bat, hätte ich sie auch mit ihren reparierten Rädern in die Polizeiwache bestellen können. Stattdessen sind sie hierher gekommen und haben mit uns unten im Hof die Beleuchtung ausprobiert. Nach Schulschluss, aber es waren noch 'ne ganze Menge Schüler da...“

„Is' ja voll peinlich...“, Vivien lacht und meint: „Na, die werden so schnell nicht wieder hier herkommen wollen.“

Anja Kaske nickt: „Und hoffentlich bringen jetzt einige von denen, die zugehört haben, ihre Räder auch auf Vordermann.“

Peter Salender



## Gymnasium und Polizeiwache kooperieren

**Was für das Land Brandenburg gilt, gilt auch für den Landkreis und gleichnamigen Schutzbereich Havelland: etwa jeder dritte ermittelte Tatverdächtige ist unter 21 Jahre alt. Die jungen Leute begehnen vor allem Diebstahls-handlungen wie Laden- und Fahrraddiebstähle sowie Diebstähle rund ums Auto, aber auch Körperverletzungen (nach Veranstaltungen und auf Spielplätzen), Sachbeschädigungen (an Kfz und durch Graffiti), Raubstraf-taten (Handtaschen, Bargeld, Kleidung, Handys, Fahrräder) und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz.**

Ein T-Shirt „klauen“ oder Rempeln auf dem Schulhof. Was ist das, ein Scherz, wenn auch ein schlechter oder eine Straftat? Es geht nicht darum, dass dieser oder jene Jugendliche mal über die Stränge schlägt, aber das Anpöbeln auf dem Schulhof oder das gegenseitige Wegnehmen persönlicher Sachen sind eindeutig Dinge, die in den strafrechtlichen Bereich gehen. Hier will die Polizei im Vorfeld ihre Hilfe anbieten. Schließlich sollten Kinder erst gar nicht kriminell werden und mit einem gestärkten Rechtsbewusstsein ausgestattet sein. Einem Rechtsbewusstsein, dass sich bei den Mädchen und Jungen nicht automatisch einstellt.

Daher haben am 24. Januar dieses Jahres das mit 56 Schülern kleinste Gymnasium Deutschlands in Dallgow-Döberitz und die Polizeiwache Falkensee die partnerschaftliche Zusammenarbeit vertraglich besiegelt. Die Schulleiterin des Gymnasiums Dallgow-Döberitz, Studienrätin Doreen Burchardt, und der Leiter der Polizeiwache Falkensee, EKHK Manfred Wagner, unterzeichneten



den Kooperationsvertrag mit dem Ziel, entstehende Kriminalität und Gewalt rechtzeitig zu erkennen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und als feste Ansprechpartner gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen. „Wir sind zwar das kleinste Gymnasium Deutschlands, wir wollen aber auch das aktivste sein. Wir haben bisher keine Schulstunde ausfallen lassen, weil wir etwas werden wollen. Wir können aber nur etwas werden, wenn wir eine gewaltfreie Schule bleiben“, brachte ein Mädchen das Ansinnen des Modellprojektes zur Auftaktveranstaltung auf den Punkt.

Wachenleiter Wagner und seine Kollegen werden die Schulen regelmäßig über die regionale Kinder- und Jugendkriminalität vor allem hinsichtlich Gewalt- und Drogen delikten informieren. Sie planen, bei sicherheitsrelevanten Problemen beratend tätig zu werden, bei Bedarf auch auf Elternversammlungen. Bevor etwas passiert tätig werden, das ist eine wichtige Aufgabe für die Wache, aber auch für die Beamten des Sachgebietes Prävention, das im Zuge der Polizeireform zum 1. Juli 2002 in den Schutzbereichen neu geschaffen wurde. Vorgesehen sind gemeinsame Projekte, Projekttage und Präventionsveranstaltungen oder gar gemeinsame Unterrichtsstunden. Auch der Besuch eines Jugendrichters oder eines Vertreters des Weißen Rings scheint den beiden Verantwortlichen sinnvoll, ebenso wie ein Vortrag durch einen Ver-

*Schüler und Gäste während der Veranstaltung zur feierlichen Unterzeichnung: In der ersten Reihe (v. l.) Hans-Günter Heppe, Bürgermeister von Dallgow-Döberitz, Barbara Richstein, Ministerin für Justiz und für Europaangelegenheiten, Dr. Adolf Revicha, Oberschulrat im Schulamt der Stadt Brandenburg, PORin Silke Sielaff, Leiterin des Schutzbereiches Havelland, EKHK Manfred Wagner, Wachenleiter Falkensee und Ansprechpartner für das Gymnasium.*

treter des Kommissariates Jugend/TOMEG zum Thema jugendliche Gewalt. Keineswegs ausgeblendet werden soll das Thema Verkehr. Eine Verkehrskontrolle vor der eigenen Schule wird daher der erste gemeinsame Termin sein. Impuls der gemeinsamen Arbeit ist ein Runderlass des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom September des vergangenen Jahres, der ein engeres Miteinander von Schule und Polizei zur Kriminalprävention bei Kindern und Jugendlichen vorschreibt. Das Gymnasium Dallgow-Döberitz und die Polizeiwache Falkensee wollen diesen Erlass nun mit Leben füllen, im Interesse der Kinder.

Ein erstes Fazit zog der Schutzbereich Havelland in einem Intranetbeitrag vom 21.03.03.

*Catrin Feistauer  
Schutzbereich Havelland*

## Gemeinsame Verkehrskontrollen und einiges mehr

**Die Grundidee der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule stammt von all denjenigen, die seit vielen Jahren auf dem Gebiet der Prävention arbeiten. Vorbeugend zu arbeiten heißt, Ver-netzung zu praktizieren.**

Der gemeinsame Runderlass des MBS und des MI, unterzeichnet von Minister Steffen Reiche und Minister Jörg Schönbohm vom 10. September 2002 war für mich als kommissarische Schulleiterin eines neu gegründeten Gymnasiums und als verantwortliche Gesundheitskoordinatorin für Schulen mehr als nur ein amtliches Schreiben. Die schnelle Umsetzung meinerseits hatte primär das Ziel zu zeigen, dass sich eine moderne Schule öffnet, in vielen Bereichen mit Partnern zusammenarbeiten möchte und aktiv auf diese Partner zugeht.

Für die praktische pädagogische Arbeit ist es notwendig, den Schülern zahlreiche Sozialkompetenzen mit auf den Weg zu geben, um sie auf das Leben ganzheitlich vorzubereiten.

Die Prävention hat in Sucht- und Gewaltfragen eine Schlüsselposition inne. Ohne Präventivmaßnah-

men kann überhaupt nicht interveniert werden. Es müssen Strukturen und Angebote bereits vorhanden sein, wenn es zu Problemen kommt. Im Hinblick auf die Polizisten ist es sinnvoll, dass diese als Menschen gesehen werden, die verantwortungsbewusst ihre Arbeit verrichten. Somit lernen die Schüler die Sinnhaftigkeit polizeilicher Maßnahmen bereits im frühen Kindesalter erkennen und schätzen. Ausgewählte Themenschwerpunkte werden Diskussionen über Verkehrsdelikte, Unfallzahlen und Einflüsse von Drogen sein. Aktuelle Kriminalstatistiken sollten zum Anlass genommen werden, um diese in den Gremien der Schule zu diskutieren und um weitere Handlungskonzepte zu erarbeiten. In Planung ist eine gemeinsame Verkehrskontrolle, wo Schüler und Polizisten Geschwindigkeitsmessungen vornehmen, besonders lobenswerte Verkehrsteilnehmer würdigen und mit Verkehrssündern diskutieren. Wir hoffen, dass sich zahlreiche Schulen unserem Vorbild anschließen.

*Studienrätin Doreen Burchardt,  
Schulleiterin Gymnasium  
Dallgow-Döberitz*



*Studienrätin Doreen Burchardt, Schulleiterin des Gymnasiums Dallgow-Döberitz, unterzeichnet zusammen mit dem Leiter der Polizeiwache Falkensee, EKHK Manfred Wagner, während einer von Schülern des Gymnasiums kulturell umrahmten Veranstaltung die Kooperationsvereinbarung.*



# Netzwerk Prävention

## Projektgruppe im Schutzbereich Elbe-Elster weitet Partnersuche aus

**„Kriminalitätsprävention ist eine komplexe Aufgabe, die ein gemeinsames Handeln unter Schaffung kooperativer Netze vor Ort erfordert.“**

*(Runderlass MI und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport)*

**Auf der vierten Beratung der Projektgruppe „Schulpartnerschaften“, am 19.02.03, konnte im Protokoll vermerkt werden, dass sämtliche Schulen mit der Polizei des Schutzbereiches Elbe-Elster Partnerschaftsverträge abgeschlossen haben, also insgesamt 72. Auch die Partnerschaftvereinbarung mit dem „Elsterschlossgymnasium“ wurde als letzte termingerecht unterzeichnet.**

Diese schnelle und erfolgreiche Realisierung ist der Arbeit einer Projektgruppe (siehe Kasten „Auszüge aus dem Stand der Umsetzung“) anzurechnen, der es unter Einbindung des Schulrates Martin Zapcke gelang, den Erlass mit Leben zu erfüllen und bei allen Leiter/Innen der

staatlichen Bildungseinrichtungen lebhaftes Interesse zur Zusammenarbeit zu wecken. Inzwischen sind die Nachfragen zu gemeinsamen Aktionen Polizei und Schule angestiegen. Termine für Projekttage, Vorträge, Beratungen usw. sind bereits bis zum Jahresende vergeben. Dies betrifft sowohl den Bereich Prävention im SB als auch die einzelnen Revierbereiche.

In mehreren Fällen wurde die Polizei zu Konfliktlösungen im schulischen Bereich herangezogen, wobei die direkte Lösung des Konfliktes und auch die weitere Verfahrensweise den schulischen Bereich betraf. In drei Fällen wurden Probleme der Gewalt an Schulen bearbeitet. Es kam seit Abschluss der Vereinbarungen bereits zu Lehrerkonferenzen, an denen Revierpolizisten teilnahmen. Die Lehrerschaft wollte nochmals tiefgründig zu den Faktoren der Schulpartnerschaft eingewiesen werden. Weiterhin bestand Informationsbedarf zum Präventionsgedanken allgemein und wie das Zusammenwirken Polizei und Schule praxisnah aussehen soll. Dabei kamen Probleme über den außerschulischen Bereich zur Sprache. Hier kann effizient kein direkter Einfluss auf Kinder und Jugendliche genommen werden.

Im weiteren Verlauf der Beratung war sich die Projektgruppe darüber einig, dass Prävention nicht am Schulzaun enden kann, und dass dort begonnene Präventionsarbeit auf breiterer Ebene fortgesetzt werden muss. Eine Vernetzung der Prävention mit weiteren Partnern, wie im Planungspapier aus dem November 2002 bereits beschrieben, ist daher unbedingt erforderlich. Im weitesten Sinne sollten die Bereiche Schule/Freizeit/Externe Partner verknüpft werden. Der schulische Bereich ist mit Abschluss der Partnerschaftvereinbarungen weitestgehend abgedeckt. Im Freizeitbereich könnte die Vernetzung z.B. die Arbeit mit Jugendclubs, anderen Freizeiteinrichtungen, und warum nicht auch die Feuerwehr betreffen. Als mögliche externe Partner werden wir die kreislichen und kommunalen Verwaltungen ansprechen.



*Nach der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages in der Grundschule Finsterwalde: PHK Braunsdorf, Repo-Koordinator, Frau Felis, stellv. Schulleiterin, PK Hännischen, Revierpolizist, Frau Kuhn, Schulleiterin (v.l.)*

stellung von Lagebildern für einen möglichen Informationsaustausch, die Entgegennahme und Weiterleitung der Informationen an entsprechende Partner, der zielgerichtete Einsatz von Polizeikräften, die Unterstützung externer Partner usw. gedacht.

Auf polizeilicher Seite sollten unter Berücksichtigung des eigentlichen Anliegens die Kriminalpolizei, insbesondere mit den Kommissariaten Jugend und operative Fahndung, der Verkehrsdienst / ETHU, der Bereich Führungsstelle und selbstverständlich der Revierpolizeibereich verknüpft werden. Ohne auf die Aufgaben und Möglichkeiten näher einzugehen, sei hier z.B. an die Er-

Fazit: Die Arbeit der Projektgruppe wird und muss sich noch über einen längeren Zeitraum erstrecken, wobei der Aufbau des Netzwerkes und die Vergabe der entsprechenden Verantwortung in die jeweiligen Bereiche zunächst im Mittelpunkt stehen.

*PHK Werner Braunsdorf  
Schutzbereich Elbe-Elster*



Nach Unterzeichnung der Schulpartnerschaften nehmen die Präventionssachbearbeiter aus dem SB Elbe-Elster eine deutlich verbesserte Atmosphäre während ihrer Vorträge unter den Schülern wahr, hier im Bild eine 10. Klasse der Gesamtschule Elsterwerda. Während der 90 Minuten, die PKin Karin Wende am 27.02.2003 zum Thema „Jugend und Strafrecht“ gestaltete,

wurde ihr manch provokative Frage gestellt. Überwiegend aber war die, im Vergleich zu früher, fachlich fundiertere Vorbereitung der Jugendlichen durch die Lehrer zu bemerken, die das Thema beispielsweise unter den Aspekten von Alter und Strafmündigkeit oder der Notwehr und ihre Grenzen bereits im Fach „Politische Bildung“ diskutiert hatten. Nach dem Vortrag verteilte Tino Schurad Fragebögen. Der Kommissarsanwärter von der FHPol (im Bild stehend) schreibt eine Diplomarbeit über Präventionsarbeit an den Schulen, die neue Ansätze der Prävention sowie Schwachpunkte der jetzigen Kriminalitätsvorbeugung aufzeigen soll.





**Auszüge aus dem Bericht über den Stand der Umsetzung – SB Elbe-Elster**  
(31.01.2003)

**Mit Zeichnung des gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums des Innern (IV/4.2-2765) und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (22.2-71-0480) am 10.09.2002, wurde im Schutzbereich Elbe-Elster eine Analyse bisheriger Aktionen und Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen durchgeführt, mit dem Ziel, o.g. Erlass zielgerichtet und effizient umzusetzen.**

In den Monaten Oktober bis Anfang November wurde die Bestandsaufnahme abgeschlossen und der Weg sowie die Zielstellung zur Umsetzung des Erlasses festgeschrieben.

Am 28.11.2002 begann die Arbeit einer eigens dafür gebildeten Projektgruppe im SB Elbe-Elster, in der die Repos der Wachen Finsterwalde, Elsterwerda und Herzberg, die Leiterin Prävention und eine Mitarbeiterin FüSt 1 Prävention ständige Mitglieder sind. Weiterhin wurden ein Mitarbeiter SB TOME (zugleich Jugendbeauftragter des SB und Vertreter des Komm. Jugend), der Ltr. Komm. KA/PASS sowie eine Vertreter des Staatlichen Schulamtes zur Mitarbeit herangezogen.

In den bisher durchgeführten drei Beratungen der Projektgruppe wurde eine Vereinbarung in schriftlicher Form (siehe Seite 8) über eine Partnerschaft zwischen Schule und Polizei erarbeitet, die die jeweiligen Partner und deren gegenseitige Erreichbarkeit benennt und die hauptsächlichen Aufgaben und Maßnahmen darstellt.

Weiterhin wurde eine Angebotsliste als Serviceleistung der Polizei erstellt, die neben den Angeboten zu Kriminalitäts- und Verkehrsprävention auch andere Angebote zur Beratung und Unterstützung enthält, und die gleichzeitig nach Altersgruppen gegliedert wurde....

## Cottbusser Puppenbühne auch bei Hortkindern gefragt

**Seit 1997 führt die Polizeipuppenbühne im Schutzbereich Cottbus/Spree-Neiße neben ihrer Tätigkeit in Kindergärten auch Veranstaltungen für Hortkinder der 1. und 2. Klassen an Grundschulen durch. Da ein Großteil der betreuten Hortkinder durch die Mitarbeiter der Puppenbühne bereits während ihrer Kindergartenzeit betreut wurden, ist es möglich, aufbauend auf diesem Wissen, alle Themen aus den Bereichen der verhaltensorientierten Prävention und Verkehrserziehung auf sehr hohem Niveau durchzuführen.**

Im Bereich der verhaltensorientierten Prävention wird mit den Kindern sehr eingehend die Problematik „Ansprechen durch fremde Personen“ behandelt. Zur Einstimmung auf das Thema wird den Hortkindern eine entsprechende Bildergeschichte vorgelesen und sie werden aufgefordert zu erzählen, wie sie selbst in ähnlichen Situationen reagieren würden. Die Kinder sollen das Nicht-Mitgehen mit fremden Personen, das An- und Abmelden von zu Hause, das Erzählen über erlebte Situationen und das richtige Verhalten an der Wohnungstür durch beispielhafte Erläuterungen der eingesetzten Polizeibeamten und persönliche Erfahrungen als Verhaltensregeln

verinnerlichen und eigene Handlungsmuster entwickeln. Diese Thematik findet sowohl bei den Hortkindern und deren Erziehern, insbesondere aber auch bei den Eltern große Resonanz, da hier oftmals ihre bereits geleistete Vorarbeit wirkungsvoll unterstützt wird.

In der verkehrserzieherischen Arbeit werden die Themen

- das Kind als Fußgänger im Straßenverkehr
- der sichere Schulweg / Sicherheit durch Sichtbarkeit
- das Kind als Radfahrer im Straßenverkehr
- Kinder als Mitfahrer in öffentlichen Verkehrsmitteln

entsprechend den örtlichen Gegebenheiten, entwicklungsbedingten Erfordernissen und Wünschen der Horteinrichtungen flexibel behandelt. Die dabei eingesetzten Hilfsmittel, wie z. B. Fahrradtafel, Ver-

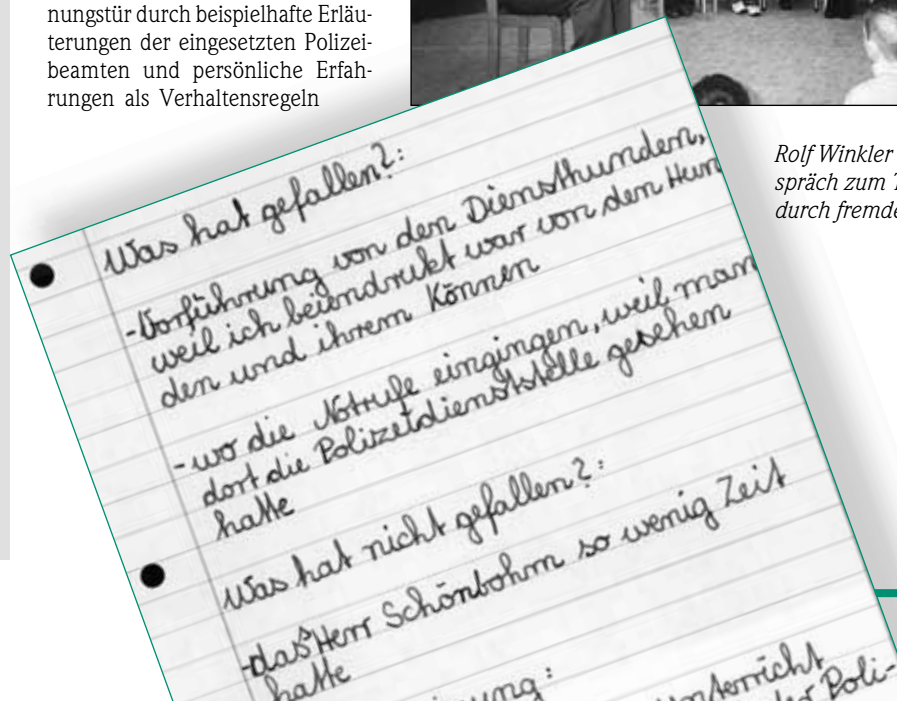
kehrsgartentafel, Verkehrsschilder und Informationsbroschüren garantieren eine abwechslungsreiche und anschauliche Wissensvermittlung. Es bleibt auch genügend Freiraum für Fragen der Kinder und deren aktive Mitgestaltung des Themas.

Die Hortbetreuung der 1. und 2. Klassen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeipuppenbühne erfüllt somit eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Arbeit in den Kindergärten und der weiteren Betreuung durch Verkehrserzieher in den Klassenstufen 3 und 4. Als Beispiel seien hierbei die Vorbereitung und Ablegung der Fahrradprüfungen genannt.

*Rolf Winkler  
Puppenbühne  
des Schutzbereiches CB/SPN*



*Rolf Winkler mit Kindern im Gespräch zum Thema „Ansprechen durch fremde Personen“*



THEMA



*Die Finger fliegen hoch*

**Am Mittwoch, dem 22. Januar 2003 besuchten die Schülerinnen und Schüler der Klasse 6a der Grundschule „Ludwig Renn“ aus Potsdam-Eiche, im Rahmen des Unterrichtsfachs „Politische Bildung“ die Polizei in Potsdam. Um 08:45 Uhr begann der erste Gesprächs- und Informationstermin beim „höchsten Chef“ der Brandenburger Polizei, Herrn Innenminister Jörg Schönbohm.**

In der Folge wurden das Lagezentrum der Polizei im Innenministerium sowie das Lagezentrum und die Einsatzleitstelle des Polizeipräsidiums Potsdam besichtigt. Abschließend bis etwa 14:00 Uhr wurden den Schülerinnen und Schülern durch Angehörige der Polizeiwache Mitte des Schutzbereichs Potsdam Einblicke in die praktische Polizeiarbeit geboten. Bilder des Besuches sind am 23.01.03 in das Intranet der Polizei eingestellt worden und berichten sozusagen über den ersten Teil des praktischen Anschauungsunterrichts im Rahmen des Faches „Politische Bildung“.

Teil 2 folgte am 30. Januar in der Grundschule „Ludwig Renn“ selbst. Die Klassenlehrerin Frau Böldicke hatte mich zur „Einsatznachbereitung“ im Namen der Schüler eingeladen.

Zu Beginn der Unterrichtsstunde bat ich die Kinder, mir ihre Eindrücke von ihrem Besuch im Ministerium und bei der Polizei zu schil-

dern. Ebenso engagiert und diszipliniert wie bereits eine Woche zuvor, befanden wir uns sofort in einem lebhaften Frage- und Antwortspiel. Erstaunlich empfand ich das deutliche Interesse an der Person unseres Innenministers. Die Fragen bezogen sich nicht nur auf den umfangreichen Bereich der „Inneren Sicherheit“, hier speziell die Aufgaben der Polizei, sondern auch auf die sozialen Aspekte, die dieses Amt für Herrn Minister Schönbohm mit sich bringen. Viele Fragen richteten sich auf die Arbeitszeiten, die hieraus ableitbare geringe Freizeit und das noch verbleibende Familienleben.

Doch auch die folgenden Besuchsstationen waren den Schüler noch gut in Erinnerung. Die Finger flogen hoch, um die wichtigsten Eindrücke zu schildern. Aus den interessierten Fragen der SchülerInnen zum Thema „Polizei in Brandenburg“ und aus dem offenen Umgang miteinander kann durchaus geschlossen werden, dass sie ein positives Bild vom Beruf des Polizeibeamten gewonnen haben. Dieses wurde auch unterstrichen durch mehrere Fragen zu den Einstellungsvoraussetzungen bei der Polizei des Landes Brandenburg. Die 45 Minuten dieser Unterrichtsstunde sind für mich, und ich glaube auch für die Kinder, wie im Fluge vergangen und waren eine sehr angenehme Erfahrung.

*Hans-Peter Meurers  
Abt. IV, Ref. 4, AG 3*

## Besuchsstationen

**Im Lagezentrum der Polizei des Innenministeriums interessierten hauptsächlich die elektronischen Informations- und Kommunikationssysteme.**

Neben dem Verkehrswarndienst-Rechner, auf dem die bundesweite Verkehrslage aller wichtigen Verkehrswege dargestellt wird, fand der sogenannte „dpa-Ticker“, der sehr schnell Kerninformationen über alle wichtigen regionalen und überregionalen Ereignisse öffentlich macht, besondere Beachtung.

Völlig neu für die Kinder war jedoch das von den üblichen Versorgungsnetzen autarke Satelliten-Warnsystem, dessen Funktionsweise und die Einsatzmöglichkeiten bei der Bewältigung von sogenannten „Sonderlagen“. Im Lagezentrum der Polizei des Polizeipräsidiums Potsdam mit der angeschlossenen Leitstelle wurde den Schülerinnen und Schülern ein Einblick vermittelt, wie polizeiliche Einsätze vom Eingang der Meldungen, z. B. über den Notruf 110, deren Bewertung und die anschließende Koordination aller hieraus erforderlichen Maßnahmen ablaufen.

Eindeutiges „Highlight“ war jedoch nach Angaben der Kinder der Besuch bei der „richtigen Polizei“. Der Leiter der Polizeiwache Potsdam-

Mitte, Herr Breitschwerdt hatte keine Mühen gescheut und für die Schülerinnen und Schüler einen praktischen Informationsparcours organisiert.

Als Einführung wurde vom Sachgebiet „Prävention“ ein Video über die vielfältigen polizeilichen Tätigkeitsfelder vorgeführt und anschließend vertiefend darüber diskutiert. Danach wurden den Schülern das tägliche Arbeitsgerät, ein Streifenwagen in Vollausrüstung, ein Polizeikrad der Eskortenstaffel, die Funktionsweise eines Lasermessgerätes zur Geschwindigkeitsüberwachung sowie die Funktionsweise von Alcotestgeräten von sachkundigen Kollegen der Polizeiwache erklärt und vorgeführt.

Eine „Rast im Knast“ wurde den Kindern ebenfalls geboten. Hier in den polizeilichen Gewahrsamsräumen verschafften sie sich einen Eindruck über ungemütliches Wohnen. Richtig spannend wurde es jedoch als die Beamten der Diensthundestaffel den Mut und das Geschick ihrer vierbeinigen Kollegen vorführten. So stellten und verbellten die Hunde einen Scheintäter, der mit einem Schutzanzug bekleidet den „Bösewicht“ spielte. Erst als der „Täter“ einen Fluchtversuch unternahm, wurde er vom Hund angegriffen und an der Flucht gehindert. Das war „Action“, die bei den Kindern ankam.

*Einen Blumenstrauß als Dankeschön an den Minister für den interessanten Vormittag*





# Wie wird man eigentlich Minister?

Das Fach „Politische Bildung“ umfasst seit der Wende eine grundlegende Neugestaltung der politischen Bildung und Erziehung.

Der Unterricht in den Klassenstufen 5 und 6 sollte sich nachdrücklich auf konkrete Lebenssituationen der Schülerinnen und Schüler beziehen, sollte von Ihren Interessen ausgehen. Wichtig ist, die Kinder bzw. Jugendlichen an der Gestaltung und Organisation des Unterrichts zu beteiligen.

So haben sich die Schülerinnen und Schüler der Klasse 6a der Grundschule „Ludwig Renn“ in Potsdam-Eiche seit September 2002 intensiv mit der Problematik „Wahlen in Deutschland“ beschäftigt. Sie erfuhren, dass in einer Demokratie die Vertreter des Volkes gewählt und die leitenden Ämter auf Zeit besetzt werden.

Fragen wie: „Wer darf wählen?“, „Wie wird jemand Kandidatin/Kandidat?“, aber auch „Wie kann man Ministerin oder Minister werden?“ bewegten die Schüler. Nach den Wahlen zum Deutschen Bundestag kam schließlich der Gedanke auf, an einen Minister unseres Landes Brandenburg zu schreiben, mit der Bitte um einen Termin für einen Gesprächsbesuch. Der Minister des Innern, Herr Jörg Schönbohm, stand dabei im Mittelpunkt des Interesses der Kinder, da sie erfuhren, dass er für die gesamte Polizei- und Sicherheitsarbeit des Landes Brandenburg verantwortlich ist.

Noch vor Weihnachten des vergangenen Jahres ging ein Brief von der Klasse an Herrn Schönbohm. Am 22. Januar 2003 wurde die Klasse 6a dann zu einer Gesprächsrunde bei Herrn Minister Schönbohm und einem anschließenden Besuch des Polizeipräsidiums Potsdam eingeladen.

Ursula Böldicke  
Klassenlehrerin

## So toll kann Musikunterricht sein

**Stefan (7 Jahre), Grundschule Biehla: „Sonst fängt die Polizei doch Diebe!“**

Mit Staunen werden die Polizisten mit ihrer teilweise sehr umfangreichen „Ausrüstung“ empfangen, mit Frohsinn und Begeisterung wird ihr Auftritt begleitet und am liebsten würde man sie gar nicht wieder gehen lassen. Ungewöhnlich? Für das Landespolizeiorchester bei den „Schülerkonzerten“ keineswegs. Unterricht mit einem Orchester – das war die Grundidee, mit der diese Form der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule vor Jahren ihren Anfang nahm. Daraus hat sich inzwischen eine gute Tradition entwickelt und die Polizeimusiker können kaum alle Wünsche erfüllen. „Wenn wir es irgendwie einrichten können“, so der Leiter des Orchesters, Jürgen Bludowsky, „gehen wir gerne in die Grundschulen unseres Landes. Denn ob in Tauche, Spremberg, Elsterwerda-Biehla, Falkensee oder Lübben, um nur einige Orte zu nennen, überall sind wir gern gesehene Gäste.“ Musikunterricht praktisch am Instru-

ment ist eben doch etwas anderes als am Tafelbild. Außerdem erzählen die Musiker bei der Vorstellung der einzelnen Instrumente immer eine kleine Geschichte. So z.B., dass das Fagott auch als Kobold im Orchester bezeichnet wird und dass das Holz für eine Oboe erst 15 Jahre lagern muss, bevor es verarbeitet werden kann. Und die Schüler staunen nicht schlecht, wenn sie erfahren, dass die Oboe bereits vor 300 Jahren erstmals gebaut wurde. Zwischen den Vorstellungen der In-

strumente erklingen bekannte Stücke, wie das Lied von „Pippi Langstrumpf“. Die Kinder sind dann so in Stimmung, dass sie gar nicht merken, wie schnell eine Unterrichtsstunde doch vergehen kann. Stefanie Kasper und Janine Leider aus der 6c der Lessingschule in Falkensee geben mit ihren Worten die Auffassung vieler Schüler wieder: „Uns gefällt das Orchester super. Wir würden uns freuen, wenn der Unterricht immer so viel Schwung und Abwechslung zu bieten hätte.“



Jürgen Bludowsky zeigt dem „musikalischen Nachwuchs“, wie es gemacht wird.



Was hat mir gefallen?  
Mir hat alles gefallen. Ich habe alles gesehen was ich für wichtig hielt. Mir haben es auch sehr gut erklärt bekommen u. es war interessant zu sehen u. hören wie es bei dem Minister des Innern ist u. was die Polizei noch alles tun hat.

at mir nicht gefallen?  
schon gesagt hat mir alles u.

und es nur schade, dass wir so lange bei Jörg Schönbohm sein konnten.  
dann man natürlich verstehen.  
in der das Thema hat am



# Elternbriefe – ein Instrument zur Prävention

**Bürger teilten der Polizei mit, dass eine Gruppe Jugendlicher grölend und randalierend durch die Stadt lief. Des weiteren wurden durch die Anrufer „Sieg-Heil-Rufe“ wahrgenommen. Beim ersten Eintreffen der Polizeibeamten waren aus der Jugendgruppe heraus auch „Juden-raus-Rufe“ zu hören. Durch die eingesetzten Polizeibeamten konnten insgesamt sechs Tatverdächtige im Alter von 15 bis 20 Jahren festgestellt werden. Alle angetroffenen Personen standen augenscheinlich unter starkem Alkoholeinfluss.**

So und in den unterschiedlichsten Variationen könnte sich dieser Sachverhalt jederzeit in irgendeiner bundesdeutschen Stadt abspielen - so auch im Land Brandenburg. Die vor Ort eingesetzten Kollegen wissen in diesem Zusammenhang genau, was sie zu tun haben: es folgen standardgemäß polizeiliche Maßnahmen wie z. B. Anzeigenaufnahmen, Zeugenvernehmungen, Beschuldigtenvernehmungen, Sicherstellung / Beschlagnahme von Beweismitteln und Verständigung der Staatsanwaltschaft. Die weitere Bearbeitung des Sachverhaltes erfolgt im Land Brandenburg im Normalfall durch das Jugendkommissariat der Kriminalpolizei im Schutzbereich. Die Polizei hat den gesetzlichen Auftrag im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Tätigkeiten neben der Verfolgung von Straftaten auch Gefahren abzuwehren. Insbesondere die in Jugendsachen arbeitenden Kollegen sind in ihrem täglichen Arbeitsgeschäft mit diesem Bereich polizeilicher Arbeit befasst. Hier wird sichtbar, welche Bedeutung Gefahrenabwehr auch haben kann. So geht es in vielen Fällen nicht um eine Intervention in einer konkreten Gefahrenlage vor Ort, sondern vielmehr um den Schutz des geistigen, seelischen und körperlichen aber auch des sittlichen Wohls von Kin-

dern und Jugendlichen. Im Zuge dienstlicher Tätigkeiten erlangen Polizeibeamte vielfältige Erkenntnisse, die den Verdacht einer solchen Gefährdung Minderjähriger nahe legen können.

Situationen, in denen Minderjährige als gefährdet gelten, sind klar in der Polizeidienstvorschrift 382 definiert und gestalten sich sehr vielfältig. Oft obliegt es aber insbesondere der eingehenden und umfassenden Einschätzung des einzelnen Beamten, eine Gefährdung zu erkennen und geeignete Maßnahmen einzuleiten. Von einer Gefährdung von Kindern und Jugendlichen ist insbesondere auch dann auszugehen, wenn sie Einflüssen ausgesetzt sind, die sie derart beeinträchtigen, dass die Gefahr besteht in die Kriminalität abzuleiten.

Nicht selten ist es in der polizeilichen Praxis der Fall, dass Kinder und Jugendliche, die in Jugendgruppen Zeugen von Straftaten werden, selbst (noch) nicht strafbar gehandelt haben. In diesen Fällen ist es angezeigt, den zur Personensorge Berechtigten (§ 1626 ff BGB) Kenntnis von den erlangten Informationen zu diesen Gefährdungsspekten zu geben. Die beste Möglichkeit ist stets das persönliche Gespräch zwischen den Eltern oder sonst Erziehungsberechtigten und dem sachbearbeitenden Polizeibeamten. Die Schaffung einer vertrauensvollen Atmosphäre ist die wichtigste Voraussetzung, um ein positives Ergebnis zu erlangen. Zunächst geht es vor allem um die Sensibilisierung der Verantwortungsträger für die Gesamtproblematik und die potentielle Gefährdung des Kindes bzw. Jugendlichen. Dennoch ist ein Aufzeigen der ihnen obliegenden Erziehungs- und Fürsorgepflichten unentbehrlich.

Ergänzend zu einem persönlichen Gespräch bietet sich die Nutzung von eigens dafür erstellten Musterbriefen für die Information der Eltern oder sonst Erziehungsberechtig-

tigten von gefährdeten Minderjährigen - sogenannte Elternbriefe - an. Eine derartige schriftliche Information hat darüber hinaus insbesondere in den Fällen zu erfolgen, in denen die Personensorgeberechtigten für ein persönliches Gespräch nicht zu erreichen sind.

Ursprünglich wurden diese Muster-Elternbriefe zur Erinnerung der Eltern angetroffener, gefährdeter Minderjähriger an ihre Erziehungs- und Fürsorgepflichten im ehemaligen Polizeipräsidium Potsdam erarbeitet und genutzt. Im April 2001 wurden in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und dem Landeskriminalamt für das gesamte Land Brandenburg zwei Musterbriefe für die Information der Eltern oder sonst Erziehungsberechtigten von gefährdeten Minderjährigen erstellt und deren Handhabung durch Erlass geregelt. Für Fälle, in denen eine (beginnende) rechtsextremistische Einstellung des gefährdeten Kindes bzw. Jugendlichen erkennbar zu sein scheint, wurde ein separater Elternbrief erarbeitet. Die in den Musterbriefen grau schattierten Textpassagen tragen lediglich beispielhaften Charakter und sind auf den jeweiligen Sachverhalt anzupassen.

## **Sämtliche Musterbriefe sind im Intranet abrufbar.**

Elternbriefe stellen im Gesamtsystem polizeilicher Maßnahmen bei der Bearbeitung von Jugendsachen eine weiteres Instrument des Handelns dar und sollen dem einzelnen Sachbearbeiter die Möglichkeit geben, im Falle einer möglichen Gefährdung eines Minderjährigen angemessen reagieren zu können. Sie ersetzen jedoch keinesfalls ein persönliches Gespräch, das in jedem Falle einem Schreiben vorgezogen werden sollte.

*Hans-Jürgen Willuda  
Landespräventionsrat*

## **Netti und Alex im Einsatz**

**Sie heißen Sarah, Daniela, Martin oder Frank; sie nennen sich „Atze“, „Schotter“ oder auch „Hopper“, sie sind 16 bis 19 Jahre alt und sie haben eines gemeinsam: Sie sind Schüler oder Azubi in der „Bildungseinrichtung Buckow e.V.“ im Finowfurter Ortsteil Lichterfelde. Am heutigen Tag steht etwas Besonderes auf ihrem Stundenplan, das polizeiliche Präventionsprojekt „Stark gegen Gewalt“.**

Nicht erst, seitdem bekannt ist, dass zwei der „Potzlow“-Täter in der Bildungseinrichtung lernten (einer wurde am 18.11.02 sogar in einem Internat festgenommen), existiert das Gemeinschaftsprojekt zwischen der Bildungseinrichtung und der Barnimer Polizei, hier vertreten durch das neue Sachgebiet Prävention.

Die Bildungseinrichtung mit eigener Berufsschule Buckow e.V. betreut zur Zeit ca. 640 benachteiligte Jugendliche aus vielen Teilen Brandenburgs. Viele der Schüler und Azubis haben den Status eines Rehabilitanten und erwerben in der Bildungseinrichtung eine Ausbildung, besuchen berufsvorbereitende Lehrgänge oder werden in einer Berufsausbildung auf eine Integration in das Berufsleben vorbereitet. Ohne die engagierte Arbeit dieser Einrichtung, die vor allem auch durch die Förderung durch das Arbeitsamt erst möglich wird, hätte der Großteil dieser Jugendlichen in unserer auf Leistung orientierten Gesellschaft keine Chance.

Sie haben oftmals keine einfachen Biografien, viele hatten bereits (als Täter oder als Opfer) Kontakt mit der Polizei, andere haben Lernprobleme, sind psychisch oder physisch auffällig. Bei manchen fällt alles zusammen. Furchtbares kann man hören, wenn man sich mit den jungen Menschen unterhält: die Vergewaltigung durch den eigenen Großvater und die anschließende Abtreibung war eine Geschichte, die ein Mädchen -nach dem Projekt- den Beamten erzählte. Keine leichte Aufgabe für die Ausbilder und Stützlehrer, die Psychologen, die Sozialarbeiter und Betreuer der Einrichtung wie auch für die Barnimer Polizeibeamten. Neben der beruflichen Förderung gehören auch die Stärkung des Selbstwertgefühls, die Förderung der sozialen Kompetenz und die Ausprägung von Wer-

# Projekt „Stark gegen Gewalt“ wird in Buckow umgesetzt

ten und Normen bei den benachteiligten oder/ und behinderten Jugendlichen zu den Ausbildungszielen. Ein großes Problemfeld ist das oft mangelhaft ausgeprägte sozial angemessene Normverhalten. Dies zeigt sich u.a. darin, dass ein nicht geringer Teil der Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Einrichtung Straftaten begeht, das Unrechtsbewusstsein wenig entwickelt ist und die Umgangsformen untereinander nicht angemessen sind. Basierend auf diesen Erfahrungen haben die Bildungseinrichtung Buckow e.V. und der Schutzbereich Barnim, vertreten durch das Sachgebiet Prävention, am 19. September 2002 vertraglich ein Gemeinschaftsprojekt zur Entwicklung der Sozialkompetenz beschlossen. In Umsetzung des Erlasses „Schulpartnerschaften“ wurde Buckow e.V. damit als Schwerpunktrichtung eingestuft. Dazu der Sachgebietsleiter Prävention, Herr Winkler: „Wir haben hier ein Problem, ob wir wollen oder nicht. Und dem müssen wir uns stellen! Es ist ein schwieriges Klientel, mit dem wir es hier zu tun kriegen. Wenn wir dennoch etwas bewegen wollen, dann funktioniert dies nur offensiv, und nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.“ „Potzlow“ und die Nachricht, dass zwei der drei Tatverdächtigen ehemalige bzw. gegenwärtige „Maßnahmeteilnehmer“ der Einrichtung waren, ist insofern kein Beweis des Gegenteiles, sondern vielmehr ein Beweis der Notwendigkeit, Bedeutung und Aktualität des Gemeinschaftsprojektes. Die Nachricht über den Fall aber auch der Fall selbst müssen mitverarbeitet werden. Ähnliche Vorfälle gilt es zu verhindern, so der gemeinsame Anspruch sowohl der Einrichtung als auch der Barnimer Präventionsbeamten.

Um diesen Anspruch Rechnung zu tragen, wurde das Gemeinschaftsprojekt „SaN“ (Sozial angemessenes Normverhalten) von der Bildungseinrichtung Buckow e.V. und der Polizei Barnim entwickelt. Dabei handelt es sich um ein Evaluierungsprojekt, mit der Zielstellung, das Norm- und Rechtsbewusstsein der Jugendlichen so zu ver-

tiefen, dass es stärker als bisher zur Entscheidungshilfe für sozial-angemessenes Normverhalten genutzt werden kann. Das Projekt gestaltet sich über mehrere Jahre. Es werden zwei Ebenen bearbeitet, die der Auszubildenden und die der Multiplikatoren (Lehrer, Sozialarbeiter und Ausbilder) und es wird in drei Phasen realisiert (Sondierungs-, Durchführungs- und Auswertungsphase). Die Polizei ordnet sich in dieses pädagogische Konzept, entsprechend ihren Möglichkeiten, mit Maßnahmen und Projekten ein. Die Gestaltung dieser Maßnahmen und Projekte erfolgt permanent. Mindestens viermal im Monat werden in diesem Rahmen Veranstaltungen im Buckow e.V. durchgeführt.

Bei den Maßnahmen und Projekten handelt es sich um 3 Projekte für Auszubildende, das Projekt „Stark gegen Gewalt“ mit den Modulen Lebensgüter, Opferhilfe und Zivilcourage, das Projekt „Sehnsucht“ und die Vorbereitung und Durchführung von Präventionstagen sowie 3 Schulungen für Multiplikatoren zu den Themen „Rechtliche Stellung von Lehrern, Sozialarbeitern und Ausbildern im Rahmen der Fürsorge- und Aufsichtspflicht“, „Arbeit mit nichtkooperativen Jugendlichen“ und Verhaltensgrundsätze bei Feststellung von BtM-Delikten“. Desweiteren führt die Jugendstreife mindestens einmal in der Woche eine Präventionstreife in den Abendstunden mit Kontaktaufnahme in den Wohnheimen des Buckow e.V. durch.

In der Sondierungsphase des Projektes erfolgte im Herbst des vergangenen Jahres zunächst eine Analyse der Ausgangssituation. Basierend darauf wurden dann die Feinziele bestimmt, die Maßnahmen und Methoden präzisiert und ein konkreter Termin- und Zeitplan erarbeitet.

Zum Training didaktischer Herangehensweisen werden beim Agieren in Problemsituationen u.a. nachfolgende Methoden zum Einsatz gebracht: reaktiv-ritualisierte Handlungsmuster, Fair-Play-Einrichtungen, interaktive und körpersprachliche Übungen sowie Vi-

deoreflexionen usw. Gegenwärtig befindet sich das Projekt in der Durchführungsphase, die bis einschließlich Juni 2003 vorgeplant ist. Nach den Schulungsveranstaltungen für die Multiplikatoren (Stützlehrer, Psychologen, Sozialarbeiter und Betreuer) im vergangenen Jahr, ist die Umsetzung des Projektes auch bei den Azubi angelaufen. Abgesprochen mit der Einrichtung soll mit allen (!) Azubi das Teilprojekt „Stark gegen Gewalt“ und möglichst auch der zweite Teil („Zivilcourage“) durchgeführt werden. Dies bedeutet Schwerstarbeit für die jeweiligen, meist zu zweit handelnden Beamten, sowohl vom Umfang her als auch von den Ansprüchen, denn die einzelnen Gruppen der Azubi sind auch wieder jeweils anders strukturiert, sowohl was die Herkunft, das Geschlecht, die Erfahrungen mit der Polizei (!) als auch das geistige Aufnahmevermögen etc. betrifft. Allerdings sind die beiden polizeilichen „Hauptakteure“ auf diesem Gebiet keine Neulinge mehr, sondern die erfahrenen Mitglieder der Eberswalder Jugendstreife, Frau Polizeiobermeisterin Jeannette Bredereck (für alle Jugendlichen in und um Eberswalde die „Netti“) und Herr Polizeiobermeister Alexander Jasiczek (der „Alex“).

Wie läuft nun so ein Projekt ab? Was soll man sich darunter vorstellen? Nicht in einem Unterrichtssondern in einem Speiseraum ist ein Sitzkreis aufgebaut. Die Jugendlichen, meist in Begleitung ei-

nes Pädagogen der Einrichtung, setzen sich locker im Kreis herum und ab geht's. Nebenbei kann man auch Kaffee trinken und zur Halbzeit gibt es eine Raucherpause. Zum Anfang und zum Ende der Veranstaltung geben Alex und Netti einen Fragebogen aus, um den (hoffentlichen!) Erfolg ihrer Bemühungen zu testen. Zwischendurch aber werden die Jugendlichen provoziert, sie werden „geschlagen“, sie dürfen ein weibliches Opfer „ausrauben“ und andere Jugendliche „mobben“ und „abzocken“. Und sie müssen gemeinsam auf mehrere Stühle steigen... Kurz, sie sollen sich so verhalten, wie sie es kennen. Und sie sollen hinterher etwas gelernt haben. Nach einem „kurzweiligen“ Vormittag gehen die Jugendlichen dann zurück nach Hause oder in ihr Internat, mehr oder minder zufrieden. Manchmal auch nur, weil sie der „alltäglichen“ Ausbildung für einen Tag entkommen sind. Manchmal kommt es auch nach dem oder während des Projekt(es) noch zu einem intensiveren, persönlichen Erfahrung- und Gedankenaustausch zwischen den Azubi untereinander oder mit den beiden Beamten.

Mehr wird nicht verraten, aber bei Interesse können Netti und Alex begleitet werden...

*Toralf Reinhardt  
Pressesprecher SB Barnim*

*Netti und Alex in Aktion*



# Das Projekt „Internetwache“

Bundesweit erste virtuelle Polizeiwache  
im World Wide Web

IM BLICKPUNKT



**So lange ist es noch nicht her. Im Oktober des vergangenen Jahres wurde die Idee geboren. Auf der Homepage des Innenministeriums Brandenburg sollte dem Bürger zukünftig eine „Internetwache“ den Gang zur Polizei ersparen. Diese virtuelle Wache, so die Vorstellung, sollte nicht nur das bisherige Internetangebot der Polizei des Landes Brandenburg ergänzen, sondern zu einer eigenständigen Informations- und Kommunikationsplattform im Internet entwickelt werden.**

Zugegeben: wir hatten zunächst zu viele Bedenken und viel zu wenig Zeit, wie wir glaubten. Bedenken wegen des Arbeitsaufwandes, den bereits erste Diskussionen zur Realisierung deutlich machten. Wer sich jemals auch nur in Ansätzen mit der Planung, technischen Realisierung und späteren personellen Ausgestaltung eines Webauftritts beschäftigt weiß, dass es einer fundierten Vorbereitung bedarf, um neben rein inhaltlichen Fragen parallel auftretende Schwierigkeiten technischer und datenrechtlicher Natur zu klären oder zu beseitigen. Doch recht schnell hatte trotz des absehbaren Aufwands auch uns die Vorstellung der Kollegen aus der AG Informationsarchitektur von der Eröffnung einer Internetwache gepackt.

*Eröffnung der Internetwache am 13. Februar 2002 durch Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm.*

So wurde aus einer taufischen Idee binnen weniger Tage ein ernsthaftes Projekt. Wir mussten jedoch damit rechnen, im World Wide Web nicht die einzigen zu sein, die an der technischen Umsetzung eines Online-Angebots arbeiteten, das Grundzüge unserer „Internetwache“ in sich tragen würde. So wuchs der Ehrgeiz schnell, bundesweit unbedingt als erster mit einem derartigen Projekt öffentlich an den Start gehen zu wollen. Keine Rede mehr von „viel zu wenig Zeit“. Zunächst allerdings existierten jedoch nur Rohideen und Ansätze von Konzeptionen zur technischen Realisation. Mit Datum vom 24. Oktober 2002 öffnete sich plötzlich ein zeitlich eng bemessener Korridor vor uns, der absolute Priorität in der Arbeit der AG „Fachliche Öffentlichkeitsarbeit“ zur Umsetzung des Projektes besaß. Stets mit Blick auf das Reformziel bürgerorientierter Polizeiarbeit und der Fortentwicklung von „E-Government“ wurde die Öffnung der „Internetwache“ beständig vorangetrieben. In der ersten Überlegungen noch auf den Begriff der virtuellen Polizeiwache beschränkt, die der Bürger hauptsächlich zur „Anzeigenerstattung betreten“ sollte,

wurde das Angebot erheblich erweitert. Über die bisherige Internetpräsenz der Brandenburger Polizei sollte der Bürger über das Internetportal „Internetwache“ zusätzlich neben regionalbezogenen Polizeiinformationen aus den Schutzbereichen vor allem Möglichkeiten zur Interaktion in Bezug auf den Verwaltungskontakt zur Polizei haben.

## Realisierung mit vielen Partnern

Dieses deutlich verbesserte Angebot im Sinne der „Kundenfreundlichkeit“ dem Bürger gegenüber zog zweierlei nach sich: einen erheblich höheren Arbeitsaufwand für alle Beteiligten zum einen. Zum anderen erforderte die Umsetzung des nunmehr vergrößerten Projektes „Internetwache“ über die fachliche Einbindung der Polizeibehörden und -einrichtungen hinaus die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern. Das waren der Zentraldienst für Technik und Beschaffung der Polizei des Landes Brandenburg (ZDPol), die Bereiche Technik und Datenverarbeitung (Ref. 1/7), das Referat für Rechtsangelegenheiten (Ref. IV/2) und die AG IuK-Technik/-Anwendungen (Ref. IV/5.2) des Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, der Polizeihauptpersonalrat (P-HPR) sowie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) und der Landesdatenschutzbeauftragte des Landes Brandenburg (LDA). Den engen Zeitrahmen vor Augen war es notwendig, dass sich alle Partner mehrmals in der Woche trafen. Dabei waren wir immer wieder beeindruckt von der oft unbürokratischen und effektiven Zusammenarbeit aller Bereiche. Wesentlich für die zügige und kontinuierliche Umsetzung der Ausgangsidee war in dieser Zeit die Definition der Schnittstellenproblematik. Die fachlichen Inhalte wurde explizit nach informativen und interaktiven Bereichen getrennt und in einer ersten „theoretischen inhaltlichen Ausgestaltung“ niedergeschrieben. Als Alternative zu bestehenden konventionellen Kontaktmöglichkeiten mit der Polizei (persönlich, telefonisch,



per Fax) sollte die Internetwache exemplarische Teilbereiche der in einer Polizeiwache üblichen Dienstleistungen virtuell abbilden. Der interaktive Teil sollte auf Basis virtueller Formulare Dienstleistungsangebote, wie Anzeigenerstattung, Beschwerden, Bewerbungen etc. enthalten, die dem Bürger notwendige Kontakte zur Polizei erleichtern und Wege zur Polizei verkürzen sollen. Ein realer Kontakt mit der Polizei würde in vielen Fällen nicht zu umgehen sein, dessen waren wir uns bewusst, hofften jedoch den oftmals schwierigen Erstkontakt („Schwellenangst“) vereinfachen zu können. In Erweiterung des bestehenden Informationsangebotes unter [www.polizei.brandenburg.de](http://www.polizei.brandenburg.de) sollte mit dem informativen Teil der ebenfalls eigenständigen website [www.internetwache.brandenburg.de](http://www.internetwache.brandenburg.de) eine Basis geschaffen werden, die dem interessierten User neben allgemeinen Informationen über die Polizei, zusätzlich schutzbereichsspezifische Aussagen zur Kriminalitäts- und Verkehrsunfalllage sowie zu Präventionsmaßnahmen vermittelt. Da die E-Mails in den rund um die Uhr besetzten Lagezentren der Polizeipräsidien eingehen, konnte erstmalig auch eine 24 Stunden-Erreichbarkeit der Polizei an jedem Tag der Woche über das Medium Internet sichergestellt werden.

## Nach der Eröffnung

Am 13. Februar 2003 war es dann soweit. Noch Minuten vor der Freischaltung fanden letzte Aktualisierungen der Online-Angebote statt. Nach einem symbolischen „Klick“ durch Innenminister Jörg





Mehrere Wochen vor der offiziellen Eröffnung wurden die Mitarbeiter beider Lagezentren der Polizeipräsidien mit dem Projekt „Internetwache“ von Kollegen der AG Fachliche Öffentlichkeitsarbeit vertraut gemacht. POK Reich, PR Schadow, PHM Naujock und PHMin Drengner sowie POM Schenck, der zur Übung eine elektronisches Anzeigenformular ausfüllt, während der Einweisung im Lagezentrum des PP Frankfurt (Oder).

Schönbohm öffneten sich die virtuellen Pforten der Internetwache unter heftigem Blitzlichtgewitter im Lagezentrum des Polizeipräsidiums Potsdam. Die zahlreichen und sehr sachorientierten Fragen der Journalisten an den Innenminister machten sehr schnell deutlich: Das neue Webangebot der Brandenburger Polizei wurde durch die Medien begrüßt. Immer wieder wurden wir gefragt, wie wir uns vor Missbrauch schützen und ob wir denn eine Flut an Nachrichten erwarten würden. Auch wir haben uns natürlich anfänglich derartige Fragen gestellt, befürchteten aber keine Überflutung. Und was den Missbrauchs betrifft, es gibt keine Möglichkeit ihn auszuschließen. Die Einhaltungspflicht datenschutzrechtlicher Bestimmungen erlaubt es uns in diesem Zusammenhang nicht, die IP-Adressen von Nutzern zu speichern.

Wie aber hat nun der Bürger auf unser Angebot reagiert? Rückblickend auf die ersten Wochen Echtbetrieb der Internetwache sind uns keine Fälle von Missbrauch bekannt geworden, so dass es für die Kollegen in den Lagezentren der Polizeipräsidien (PP) nicht notwendig war, die „Spreu vom Weizen“ zu trennen. Grundsätzlich setzten sich die Absender dabei konstruktiv mit dem Webangebot auseinander und wünschten der Polizei des Landes Brandenburg in mehr als 120 Fällen Erfolg beim Einsatz der Internetwache. Wiederholt wurde dabei der Wunsch nach solchen Angeboten im eigenen Bundesland geäußert (z.B. Berlin, Bayern, Thüringen, Hessen, Schleswig-Holstein und Hamburg). Bürger und Internetnutzer begrüßten sowohl die Mög-

lichkeit vom heimischen Computer direkt in den Dialog mit der Polizei treten zu können als auch Detailinformationen über ihren Schutzbereich im Internet zu erfahren. Aus anderen Bundesländern erreichte uns wiederholt die Frage, wann im eigenen Bundesland ein vergleichbares Angebot an den Start ginge.

Sowohl das PP Potsdam als auch das PP Frankfurt (Oder) berichten über eine rege Nutzung des neuen Onli-

ne-Angebots. Die eingehende Nachrichten sind mehrheitlich von ausgesprochener Qualität. Eine problemlose Weiterbearbeitung ist entweder durch die Lagezentren selbst oder die tangierten Fachbereiche möglich. Bereits jetzt erreichten E-Mails die Lagezentren, die die Kontaktaufnahme zu Polizeidienststellen in anderen Bundesländern sowie die Weiterleitung der Nachricht an andere Dienststellen erforderten. Die Formulare werden dabei von den Bürgern sowohl inhaltlich als auch technisch verstanden und richtig genutzt. Bei mehr als 400 Wortmeldungen in den vergangenen vier Wochen erreichten die Lagezentren der Polizeipräsidien allein mehr als 200 Anzeigen auf diesem Wege. Ein Ergebnis mit dem keiner der Beteiligten gerechnet hatte. Im Durchschnitt werden gegenwärtig mehr als 10 Wortmeldungen pro Tag auf diesem Wege aufgegeben. Hinweise und der Wunsch zur Kontaktaufnahme stel-

len den nächsten Schwerpunkt im Bereich der eingehenden E-Mails dar. Nach vierwöchigem Betrieb der Internetwache gingen dann auch die ersten Versammlungsanmeldungen ein.

An dieser Stelle danke ich auch allen beteiligten Kollegen, die zur Realisierung des Projektes beigetragen haben wie auch denen, deren tägliche Arbeitsrate sich um die der Internetwache erweitert hat. Wir haben gemeinsam die durchaus experimentellen ersten Wochen mit Bravour gemeistert und es erwartet uns eine „klickfreudige“ Zukunft. Zu der gehört auch ein weiterer Ausbau der Internetwache. Auch hierfür gibt es wieder Ideen. Die Einstellung von Visitenkarten aller Revierpolizisten und die Öffnung einer Kinderecke sind dabei unsere Favoriten bei der geplanten Vergrößerung des Online-Angebots unter [www.internetwache.brandenburg.de](http://www.internetwache.brandenburg.de).

KOK Mirco Freundt  
AG „Fachliche  
Öffentlichkeitsarbeit“



Im Lagezentrum des Polizeipräsidiums Potsdam erläuterte PHK Urban am 13. März 2002 Studenten der Polizeifachhochschule Villingen-Schwenningen den Umgang mit den via Internetwache eingehenden Anzeigen oder Versammlungsanmeldungen. Die 16 angehenden Kommissarinnen und Kommissare interessierten sich besonders für das Arbeitsaufkommen, das mit der Sachbearbeitung der verschiedenen Anliegen der Bürger verbunden ist.



# Ein weiteres Standbein für die LESE

POLIZEIPRAXIS

Projekt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Landeseinsatzeinheit (LESE) gestartet



**Als Staatssekretär Eike Lancelle (Bild oben) vor der Presse am 21. Januar 2003 die Verkehrsunfallbilanz des vergangenen Jahres auswertete, widmete er einen großen Teil seiner Ausführungen der Wirksamkeit polizeilicher Verkehrsüberwachungen.**

„Bereits Mitte vergangenen Jahres wurden per Erlass die Leitlinien zur Intensivierung der wirkungsorientierten Verkehrsüberwachung durch die Polizei in Kraft gesetzt. Obwohl die bisherigen Anstrengungen zur Reduzierung der Unfallzahlen im Land Brandenburg bereits Erfolge verzeichnen, liegen die Zahlen der infolge von Verkehrsunfällen verletzter bzw. tödlich verunfallten Personen immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt“, so In-

nenstaatssekretär Eike Lancelle bei seiner Bilanzpressekonferenz. Die seit dem 2. Halbjahr 2002 weiter verstärkten Kontrollen zeigten zwar Wirkung, „im Verkehrsverhalten auf den Straßen des Landes muss sich jedoch noch viel mehr ändern, um von einer nachhaltigen Trendumkehr sprechen zu können. Die flächenmäßige Verkehrsüberwachung werden wir deshalb weiter intensivieren, insbesondere im Bereich der Hauptunfallursachen und auffälliger Zielgruppen.“

Dieser Aufgabe stellt sich in einem aktuellen Projekt auch die Landeseinsatzeinheit. Um der Unfallursache „Geschwindigkeit“ sowie den weiteren wie „Vorfahrt/Vorrang“, „Überholen“, „Rotlichtverstöße“ und „Drogen im Straßenverkehr“ wirkungsvoll zu begegnen, wurde der Landeseinsatzeinheit der Polizei am 21. Februar 2003 eigenständig ein Projekt übertragen, dessen Zielrichtung die ergänzende Unterstützung der Polizeipräsidien im Rahmen einer Frühjahrskampagne zur verstärkten Bekämpfung der Unfallursachen ist.

In einer Pressekonferenz am 23. Februar 2003 informierte Innenminister Jörg Schönbohm die Öffentlichkeit über dieses Projekt. Eigens geschulte Kräfte der Landeseinsatzeinheit unterstützen die Polizeipräsidien in diesem Frühjahr bei den Kontrollen.

## Projektskizze gemeinsam erarbeitet

Als Projektverantwortlicher und Leiter der LESE wurden die Hundertschaftsführer und der Leiter der Technischen Einsatzeinheit (TEE) von Beginn an von mir in die Planung des Projektes einbezogen. Gemeinsam wurden mögliche und effektive Formen des vorgesehenen Unterstützungseinsatzes, unter Beachtung der bisherigen Erfahrungen, beraten. Das Ergebnis floss in eine Projektskizze ein, die neben dem Rahmenbefehl des Leiters LESE die Grundlage für die Umsetzung des übertragenen Rahmenauftrages bildet. Dabei war zu beachten, dass originär bereitschaftspolizeiliche Einsätze aus besonderem Anlass, wie die Absicherung von Veranstaltungen (z.B. Fuß-

ball/Demolagen), Einsätze im Rahmen des Maßnahmenkonzeptes zur Verhinderung von Terroranschlägen (STOP TE) sowie die Unterstützung anderer Bundesländer, sozusagen als wichtigstes Standbein, nach wie vor höchste Priorität besitzen. Den Einsatzhundertschaften wurden konkrete Einsatzbereiche zugeordnet:

Die 1. Einsatzhundertschaft den Schutzbereichen Havelland, Potsdam, Brandenburg und Teltow-Fläming, die 2. EHU den Schutzbereichen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel und dem Barnim, die 3. EHU den Schutzbereichen Cottbus/Spree-Neiße, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Dahme-Spreewald, die 4. EHU den Schutzbereichen Oder-Spree/Frankfurt(O.), Märkisch-Oderland und der Uckermark. Die Festlegung örtlicher Schwerpunkte erfolgt eigenständig durch die Hundertschaftsführer. Dabei wird besonders auf ein enges Zusammenwirken mit den Führungsstellen der Schutzbereiche Wert gelegt.

## Überwachungsdruck zeigte Erfolg

Eine gute Basis für die Zusammenarbeit wurde bereits durch den Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen den Einsatzhundertschaften und ausgewählten Schutzbereichen gelegt. So konnten u.a. im Rahmen der Aktion „Junge Fahrer der Prignitz“, die aufgrund der dramatisch gestiegenen Unfallbilanz ins Leben gerufen wurde, gute Ergebnisse bei der Bekämpfung sogenannter „Disco-Unfälle“ erzielt werden. Der Überwachungsdruck wurde hier, auch unter Anwendung von Drug-Wipe, Speicheltest und Atemalkoholtest (Siehe Bericht „Erneut Drogendealer gestellt“ im Intranet der Polizei vom 27.02.2003), seit Dezember 2002 verstärkt. Der Einsatz der in der Technischen Einsatzeinheit vorhandene Radartechnik, unter anderen auch die in einem grün-weißen Funkstreifenwagen wie im Artikel „Neue Wege in der Verkehrsunfallbekämpfung“ (Seite 21) beschrieben, wird auf mehr Schutzbereiche als bisher ausgedehnt. Vorgesehen sind auch Einsätze im Zusammenwirken mit BeamtenInnen der Einsatzhundertschaften, in de-



*PM'n Corina Lindner, PK Henri Gaßmann und POM Wolfgang Bürger (v.l.) der 2. EHU der Bereitschaftspolizei der LESE bei Verkehrskontrollen in der Nacht zum 8. März im SB Prignitz.*

nen eine Kombination von Radar- und Lasermessungen erfolgen werden. Nimmt man all diese Aktivitäten zusammen, die nur dadurch ermöglicht werden, dass die Polizeibeamten der LESE multifunktional eingesetzt werden, also beispielsweise neben den Polizeibeamten der Einsatzhundertschaften auch Spezialkräfte wie der Polizeitaucher oder die Einsatzköchin als Kraftfahrer bzw. Messbeamtin des Radarmesswagens fungieren, so bilden diese ein „weiteres Standbein“ in der Arbeit der Landeseinsatzeinheit Brandenburgs.

Es ist sichergestellt, dass sowohl positive als auch negative Erfahrungen aus diesem Projekt allen Beteiligten zugänglich gemacht werden. Dazu koordiniert der Stabsbereich 1 alle Maßnahmen, erfasst täglich die Ergebnisse und erstellt wöchentlich Controllergebnisse. Hierbei erfolgt eine enge Rückkopplung mit den Einsatzhundertschaften und TEE. Ziel des Projektes ist es, eine flächendeckende Wirkung zu erzielen, die die Verkehrsunfallentwicklung im Land Brandenburg positiv beeinflusst. Von besonderer Bedeutung ist dabei eine gezielte und nachhaltige Bewusstseins- und Verhaltensänderung der Verkehrsteilnehmer. Dazu gehört neben einer sofortigen Ahndung von Verstößen auch das beherrschende Gespräch mit den Verkehrsteilnehmern.

*PD Hans-Joseph Uhlenbruck  
Leiter LESE*



*Polizeibeamte der 1. Einsatzhundertschaft der LESE am 7. März an der Ortsverbindungsstraße von Großbeeren nach Diedersdorf bei der Geschwindigkeitskontrolle im Rahmen der Frühjahrskampagne im Schutzbereich Teltow-Fläming. Temposünder wurden unmittelbar herausgewunken.*



# Konsequent gegen Graffiti

## Schutzbereich Brandenburg und Landeseinsatzeinheit (LESE) schlossen Zielvereinbarung ab

**Wenn man durch die Straßen von Brandenburg an der Havel geht, sind die zahlreichen Farbschmierereien an Gebädefassaden, Brücken, Lärmschutzwänden u. a. Objekten nicht zu übersehen. Besonders auffällig ist, dass immer wieder neue Gebäude beschmiert werden. Dabei zeigt sich, dass die Täter ohne Skrupel unter Missachtung gesellschaftlicher Werte ihre Handlungen ausführen.**

Diese subjektive Wahrnehmung wird durch die steigende Anzahl von Straftaten auf diesem Kriminalitätsfeld bestätigt. So wurden 561 Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien im Jahr 2002 in der Stadt Brandenburg zur Anzeige gebracht. Im Vergleich zum Jahr 2001 bedeutet das einen Anstieg von 26 Prozent.

Die aufgezeigte Entwicklung der Kriminalitätsrate im Deliktsbereich Farbschmierereien machte es erforderlich, durch analytische Aufarbeitung bisheriger Ermittlungsergebnisse, neue Handlungskonzepte zur Bekämpfung dieser Straftaten zu erarbeiten.

### Lagebild erstellt

Durch die Führungsstelle 1 des SB Brandenburg wurde ein umfangreiches Lagebild erstellt, in dem ganz konkret die Schwerpunkte der Tatörtlichkeiten, die Tatzeiten und die bisher ermittelten Tatverdächtigen mit ihren unterschiedlichen Begehungsweisen aufgezeigt wurden. Bei der Auswertung wurde deutlich, dass es sich bei den Tatverdächtigen vorwiegend um Kinder und Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren handelt. Dabei treten die 17- bis 18-Jährigen sehr oft als Wiederholungstäter in Erscheinung und sind bereits zum Teil wegen anderer Delikte (Konsum von BTM, Körperverletzung u. a.) polizeilich bekannt.

Bei den Tatörtlichkeiten handelt es sich in der Regel um großflächige, ebene, helle (z.B. nach frischem Fassadenanstrich) und gut einzusehende Gebäudefassaden an stark frequentierten Wegstrecken. Darüber hinaus werden aber auch Brücken,

aufgestellte Sitzgruppen/Bänke, Warthäuser sowie Züge beschmiert. Zunehmend werden aber auch Kraftfahrzeuge mit großen Flächen, z. B. Kraftomnibusse und Lastkraftwagen angegriffen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich bei den Objekten um Privateigentum oder um öffentliches Eigentum handelt. In Brandenburg konnten vier Stadtteile als Kriminalitätsschwerpunkte in Bezug auf Farbschmierereien herausgearbeitet werden.

### Tatbegehung

Die Taten werden vorwiegend an Wochenenden unter Ausnutzung der Dunkelheit begangen. Die Tatbegehung erfolgt oft in kleineren und arbeitsteilig handelnden Gruppen, unter Verwendung von Spraydosen, Farbstiften und auch Schuhcreme. Damit einhergeht das vorherige Bestimmen und Auskundschaften des Tatortes. Ausgenommen davon sind naturgemäß der schnell gesprühte Schriftzug (Quick) und das Zerstören fremder Schriftzüge (crossen). Bei den Tatausführungen werden häufig Handschuhe verwendet, um Farbanhaftungen an den Händen und Fingerspuren an den Spraydosen zu vermeiden. Um die Zu- und Abgangswege zu den Tat-

orten schnell zurückzulegen, sind Sprayer häufig mit Fahrrädern unterwegs. Bei den ermittelten Tatverdächtigen konnten folgende Tatmotive herausgearbeitet werden:

- Suche nach Akzeptanz und Anerkennung, die im täglichen Leben nicht erreicht wird,
- Selbstdarstellung,
- Erstellung von Kunst und Ausdrucksformen, um das Stadtbild schöner und farbiger zu gestalten,
- Abbau von Frustrationen und Demonstration von Protest,
- Mangelhaft ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein,
- Langeweile und die Lust etwas Verbotenes zu tun,
- Der Versuch, die Grenzen gesellschaftlicher Normen auszutesten.

Im Ergebnis der Lagebeurteilung erarbeitete die Führungsstelle 1, SB Brandenburg, das Projekt „Bekämpfung von Farbschmierereien in der Stadt Brandenburg an der Havel“. Dabei bildete das Kräftemanagement, unter Beteiligung von Beamtinnen und Beamten der LESE, einen Schwerpunkt. Zum ersten Mal werden Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei für repressive und präventive Maßnahmen, im Rahmen eines langfristigen Projektes, zur Unterstützung des Schutzbereiches Brandenburg eingesetzt.

### Zielvereinbarung unterzeichnet

Am 23.12.2002 unterzeichneten der Leiter des Schutzbereichs Brandenburg, Kriminaldirektor Burghard Neumann, und der Leiter der Landeseinsatzeinheit (LESE) Polizeidirektor Hans-Jürgen Uhlenbruck, unter Beteiligung von zahlreichen Medienvertretern, eine gemeinsame Zielvereinbarung. Inhalt dieser Vereinbarung ist, im Zusammenwirken von Einsatzkräften des 3. Zuges der 1. Einsatzhundertschaft Potsdam und des Schutzbereichs Brandenburg, die Senkung der Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien um 25 Prozent und eine spürbare Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger. Die Zielvereinbarung wurde für den Zeitraum eines Jahres bis Ende 2003 abgeschlossen.

Bei der Unterzeichnung der Zielvereinbarung brachten Herr Neumann und Herr Uhlenbruck zum Ausdruck, dass auf der Grundlage des Projektes „Bekämpfung von Farbschmierereien in der Stadt Brandenburg an der Havel“ eine langfristige und konzeptionelle Zusammenarbeit der beteiligten Einsatzkräfte gewährleistet wird. Ein wesentlicher Punkt ist die Zusammenführung von Einsatzkräften sowie Führungs- und Einsatzmitteln beider Organisationseinheiten, um wirkungsvoll gezielte repressive und präventive polizeiliche Maßnahmen durchzuführen.

Aus der Zielvereinbarung ergibt sich auch eine hohe Erwartungshaltung von Seiten der Kommunalverwaltung und der Bürger Brandenburgs gegenüber der Polizei, wo die getroffenen Maßnahmen als sehr positiv und richtungweisend begrüßt wurden.

SB BRB FüSt 4 /  
LESE 1. EHu Potsdam

*Bild oben: PK Stefan Pohl,  
PM Steffen Lehmann, PK Rene  
Sporlder, PK Kay Hunhold,  
PHM Herbert Kunze,  
PHM Bodo Lossow (v.l.n.r.)  
Bild darunter: Steintorturm in  
der Steinstraße, Brandenburg  
an der Havel*





# Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abwehren

## POLIZEIPRAXIS

**Interview mit dem Leiter des Projektes „Bekämpfung von Farbschmierereien in der Stadt Brandenburg an der Havel“**  
**POK Sven Wagner**

**info 110:** Welche Aufgaben und Ziele werden mit dem Projekt verfolgt?

**Sven Wagner:** In Auswertung der Lageerhebung formulierte der Schutzbereichsleiter Herr Neumann seine Leitlinien für eine gemeinsame Einsatzkonzeption zur Bekämpfung der Farbschmierereien. Diese bildeten die Grundlage für die Erstellung eines Einsatzbefehls. Die Strukturierung erfolgte in drei Einsatzabschnitten. Ziel ist es durch Weiterführung der Arbeitsgruppe „Farbschmierereien“ der Kriminalpolizei, offene und verdeckte polizeiliche Maßnahmen, Strafverfolgung und Beweissicherung und gezielte präventive Maßnahmen anlassbezogene Straftaten zu bekämpfen, beweissicher zu verfolgen und Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Polizeiführer des Einsatzes ist Herr KD Neumann.

**info 110:** Welche Einsatzkräfte sind an dem Projekt beteiligt und was haben sie für Aufgaben?

**Sven Wagner:** Die AG Farbschmierereien setzt sich aus Beamten des Jugendkommissariates und einer Kollegin des 3. Zuges der 1. EHu Potsdam als Verbindungsbeamtin zusammen. Durch die AG werden alle kriminalpolizeilichen Ermittlungen, welche im Zusammenhang mit relevanten Straftaten stehen, geführt. Außerdem werden nach eigener Lagebeurteilung offene und verdeckte Fahndungsmaßnahmen vorbereitet und gemeinsam mit den Einsatzkräften der Bereitschaftspolizei, zu den Schwerpunktzeiten, also meist nachts, durchgeführt.

In den EA Stadtstreife sind Kräfte des WWD (X-Schicht), Posten- und Revierdienst, WSP, DHF und Bereitschaftspolizei involviert. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Grundlage eines Fußstreifenkonzeptes im Stadtgebiet von Bran-

denburg Präsenz zu zeigen, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen. Die Einsatzzeiten liegen hier überwiegend am Tage aber auch in den Nachtstunden. Der EA Prävention setzt sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des zuständigen Sachgebietes zusammen. Aufgabe ist die Durchführung von konzeptionellen und anlassbezogenen Präventionsmaßnahmen, unter Berücksichtigung der Zielgruppen sowie deren Aufenthaltsorte und des Einzelhandels. Alle Arbeits- und Ermittlungsergebnisse der Einsatzabschnitte werden aktuell durch den Lagedienst des Schutzbereiches zusammengefasst und analysiert. Daraus ergibt sich eine stetig neue Beurteilung der Lage, was eine zeitnahe Aktualisierung der Einsatzkonzeption zur Folge hat.

**info 110:** Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen des 3. Zuges der 1. EHu Potsdam?

**Sven Wagner:** Die bereits durchgeführten Einsatzmaßnahmen haben gezeigt, dass die Einsatzkräfte des 3. Zuges mit sehr großem Engagement die gestellten Aufgaben erfüllen. Dabei wurde deutlich, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen durch ihre hohe Motivation, verbunden mit einer sehr guten fachlichen Ausbildung, maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Umsetzung des Projektes haben. Besonders bewährt hat sich der Einsatz einer Verbindungsbeamtin aus Potsdam bei der AG Farbschmierereien. Es hat sich gezeigt, dass unter Ausnutzung kurzer Informationswege, Einsatztaktiken und Kräfteplanungen effizient realisiert werden.

**info 110:** Gibt es denn schon erste Ergebnisse im Rahmen des Projektes?

**Sven Wagner:** Durch die AG Farbschmierereien konnten bereits 68 Straftaten aufgeklärt werden. In allen Fällen gaben die Tatverdächtigen eine Tatbeteiligung zu. Zu diesen Straftaten wurden 38 Tatverdächtige ermittelt. Von diesen konnten 12 Sprayer auf frischer Tat durch Einsatzkräfte des 3. Zuges und der

Operativen Fahndung gestellt werden. Außerdem wurden mehrere Tatverdächtige beim Konsum von Betäubungsmitteln und Sachbeschädigungen aufgegriffen.

Während der Fußstreifen im Stadtgebiet wurden durch die Einsatzkräfte des 3. Zuges eine Vielzahl von Verkehrsverstößen festgestellt und zur Anzeige gebracht.

Erste Ergebnisse des EA Prävention haben ergeben, dass die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden von Brandenburg es als sehr positiv empfinden, dass am Tage und nachts in der Stadt Polizeibeamte als Fußstreife ihren Dienst versehen. Dieses trägt erheblich zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls bei und schreckt potentielle Straftäter ab.

**info 110:** Ist im Bezug auf dieses Projekt eine Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Einrichtungen außerhalb der Polizei vorgesehen?

**Sven Wagner:** Jeder der sich schon einmal mit diesem Straftatenphänomen auseinandergesetzt hat, wird wissen, dass es sich hier um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, welches nicht allein durch repressive und präventive Maßnahmen der Polizei zurückgedrängt werden kann. Als sehr positiv sieht die Polizei die Entwicklung des Konzeptes „Graffitifreie Stadt Brandenburg“ durch die Stadtverwaltung. Zwischen beiden Projekten gibt es ein sehr enges Zusammenwirken. Ein intensiver und regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Polizei und Ordnungsamt der Stadt Brandenburg, zu Erkenntnissen und Maßnahmen, erfolgt über den Sicherheits- und Präventionsberater Herrn KD Paul. Außerdem wurden Gespräche mit der StA Potsdam und dem Amtsgericht Brandenburg geführt, um eine schnellere Verurteilung der ermittelten Tatverdächtigen zu erzielen, da bekanntlich eine sofortige Strafe nach der Tat die beste Prävention ist. Denn welcher Sprayer entfernt schon gern in der Öffentlichkeit seine eigenen Schmierereien?

Das Interview führte  
Torsten Ringel, Leiter FüSt 4,  
SB BRB

## Motiväußerungen von Brandstiftern

„Die Brände mache ich, wenn ich was getrunken habe. ... Ich habe Bier getrunken und dann klickte es und ich sagte mir, man könnte mal die Scheune brennen lassen. Warum ich gerade diese Scheune genommen habe, kann ich nicht sagen. Aus Ärger oder Wut habe ich den Brand nicht gelegt. Die Brände habe ich gelegt, weil ich die Feuerwehr retten wollte, da diese bis zum Jahre 2000 aufgelöst werden sollte.“

„Ich hatte nicht die Absicht das Haus in Brand zu setzen. Ich wollte nur von der Polizei so schnell wie möglich festgenommen werden.“ ... „Ich wollte mich vor mich selbst schützen.“

„Ich habe Wut auf meinen Stiefvater. Den konnte ich schon immer nicht leiden.“

„Warum ich das mache, weiß ich nicht. Erst wenn es brennt, weiß ich, dass es verboten ist.“

„Es war irgendwie Rache. Diese Liebe hat mich soviel gekostet an Geld und Gefühlen. Ich wollte mich dafür rächen.“

„...wollte ich ausprobieren, wie das ist einen Brand zu legen. Ich war danach innerlich zufrieden und merkte, dass sich der Frust abgebaut hatte, hervorragend war auch das Gefühl, dass ich unerkannt blieb.“

„Ich wurde in die Feuerwehr aufgenommen und ...ich habe daran viel Freude. Ich habe großen Ehrgeiz und möchte auch zeigen, was ich kann. Wir haben zwar Übungen in der Feuerwehr durchgeführt, aber, dass war mir zu wenig. So habe ich mich entschieden, etwas zu tun, damit ich mehr in der Feuerwehr anerkannt werde.“

„Ich weiß nicht, was ich mir damals dabei dachte. Im nachhinein denke ich mir, dass ich das gemacht habe, um Spuren meines Diebstahls zu vernichten.“

# Forschungsprojekt „Täterprofil von Brandstiftern“

## Aufbau einer Computerdatei soll Brandserien verhindern

**Hohe Effizienz und Innovation gehören zu den Maßstäben einer modernen Polizei. Die Einführung des neuen „Steuerungs-, Führungs- und Arbeitssystems“ im Rahmen der Polizeistrukturreform ist ein bereites Beispiel dafür. In dem Forschungsprojekt „Täterprofil von Brandstiftern“ haben sich das Landeskriminalamt und die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg zusammengeschlossen, um in einer der Kernaufgaben der Polizei – der Kriminalitätsbekämpfung – anwendungsorientierte Forschung zu betreiben.**

Seit dem 30.10.2000 existiert offiziell das Forschungsprojekt „Täterprofil von Brandstiftern“, das kriminalistisch-kriminologische Untersuchungen auf dem Gebiet der Brandkriminalität durchführt. Die Forschung hat die Aufgabe, kriminalpolizeiliche Tätigkeit auf der Ebene der Sachbearbeitung zu unterstützen.

Das Ziel polizeilicher Ermittlungstätigkeit im konkreten Strafverfahren besteht darin, vorhandene Beweise zu suchen und zu sichern, diese richtig zu bewerten und auf den Täter zu schließen sowie ihn letztendlich zu überführen. Ein grundlegendes methodisches Instrument stellt dabei die kriminalistische Versionsbildung dar. Das ist der Untersuchungsansatz, dem sich das Forschungsprojekt „Täterprofil von Brandstiftern“ widmet. Es will statistisch gesicherte Informationen zu aufgeklärten Brandstiftungen so aufbereiten, dass sie am aktuellen, konkreten Einzelfall genutzt werden können, um zielgerichtete Arbeitshypothesen zur Tatausführung und zum Täter aufzustellen. Es soll dem Sachbearbeiter nicht die gedankliche Arbeit abnehmen, sondern ihn dabei unterstützen, fördern

und ihn auf eventuelle Fehldeutungen hinweisen. Die aufbereiteten empirischen Daten, die in einem Expertensystem vorgelegt werden, sollen den Brandermittler in die Lage versetzen, Brandstiftungen aufzuklären und die Täter zu überführen. Eine Herausforderung, der sich Spezialisten und Wissenschaftler gleichermaßen konsequent und engagiert stellen.

In der 1. Phase des Projekts erfolgte nach der Erarbeitung der theoretischen Grundlagen, insbesondere zur Motivstruktur von Brandstiftern, die Zusammenstellung eines Fragebogens. In einer Pilotstudie im PP Frankfurt/O. wurde der Fragebogen evaluiert und danach modifiziert. Er wurde nach folgenden Schwerpunkten gegliedert: Straftatenverteilung, Brandzeit, Angaben zum Brandort/-objekt, Modus operandi, Angaben zum Tatverdächtigen, Motiv/Entschlussfassung und Überführung des Täters.

Der Fragebogen, der als Excel-Datei speziell für die Analyse erstellt wurde, enthält 214 Fragen mit 632 Antwortmöglichkeiten (Eingabefelder). Dieser Fragebogen wurde weiter verbessert und mit Auswertetools vervollständigt, die statistische Bewertungsgrundlagen berücksichtigen.

In der 2. Phase erfolgte die Datenerhebung aus Ermittlungsakten durch Studierende der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg. Mittlerweile haben 17 Studierende das Forschungsprojekt unterstützt und erfolgreich ihre Diplomarbeiten abgeschlossen. Es wurden staatsanwaltschaftliche Strafakten von mehr als 700 Strafverfahren aus dem Land Brandenburg ausgewertet. Festgestellt wurde u.a., dass bestimmte Deliktbereiche, wie Versicherungsbetrug bzw. -missbrauch, politisch motivierte Brandstiftungen oder Verdeckungsbrände, unterrepräsentiert

waren. Deshalb wurde hierzu mit gesonderten Recherchen begonnen. Die Überprüfung des Datenbestandes ergab die Notwendigkeit, die Studie nicht nur auf das Land Brandenburg zu beschränken. Mit der Fachhochschule für Polizei Sachsen und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern wurde eine Zusammenarbeit vereinbart. Die Fachhochschule des Landes Sachsen-Anhalt bereitet ihre Mitwirkung gegenwärtig vor. Aus Sachsen liegen bereits erste Ergebnisse vor.

Das Forschungsprojekt trat 2002 in die 3. Phase, in der Serienbrandstiftungen im Besonderen untersucht werden und durch Befragungen von Vernehmungsbeamten und Exploration von verurteilten Brandstiftern weiterführende Informationen gesammelt, ausgewertet und in den Gesamtzusammenhang eingefügt werden. Wertvolle Unterstützung erhält das Projekt durch engagierte Brandermittler der ehemaligen Brandkommissariate aus Frankfurt (Oder), Eberswalde und Oranienburg.

Erste Auswertungen, die durch sozialwissenschaftliche Methoden verifiziert werden müssen, geben Anlass zu vorsichtigem Optimismus. So konnte für die Versionsbildung herausgearbeitet werden, dass Brandstiftungen in forstwirtschaftlich genutztem Gebiet hauptsächlich durch Täter mit den Motiven „Geltungsbedürfnis“, zu dem auch das so genannte „Feuerwehrmotiv“ gezählt werden kann, „Minderwertigkeitsgefühle“ und „um in der Gruppe anerkannt zu sein“, begangen wurden. Erkennbar war auch eine Korrelation zwischen den drei Motiven, so dass sich ein Motivbündel ergeben konnte. Eine Brandstiftung, die im Bereich des Dachbodens eines Mehrfamilienhauses begangen wur-

de, erfolgte grundsätzlich durch Einzeltäter. Bekleidung wurde stets aus einem besonderen Grund in Brand gesetzt, der eine Beziehung zu den Bewohnern des Gebäudes einschloss. Die Entfernung vom Brandort zum Wohnort betrug mehrheitlich bis zu 3 km, konnte jedoch bei bestimmten Motiven, wie Rache oder auch Versicherungsbetrug, erheblich variieren. Diese Erkenntnisse könnten weitergeführt werden, sprengen jedoch den Rahmen des Artikels. Auch schon allgemein bekannte Feststellungen, wie die Korrelation zwischen Alkohol und Brandstiftung oder Konkurs und Brandstiftung, aber auch das gehäufte Auftreten von Brandstiftern als Erstmelder, Löschkraft oder Beobachter, konnten in der Auswertung der erhobenen Daten ebenfalls festgestellt werden.

Das Ziel des Projekts ist es aber, diese Erkenntnisse wissenschaftlich zu untermauern und zu einem geschlossenen Ganzen zu verarbeiten. Die so aufbereiteten Projektdaten könnten beispielsweise bei der Erkennung von Brandserien, der Eingrenzung des Tatverdächtigenkreises, der Wahl und den effektiven Einsatz von technischen Überwachungen sowie bei der Vorbereitung von Beschuldigtenvernehmungen genutzt werden. Geht es doch darum, dem Brandermittler ein innovatives und effizientes Mittel in die Hand zu geben, seine Arbeit erfolgreich zu gestalten.

Harry Jäkel  
Landeskriminalamt

### Projektbeteiligte

Leiter des Forschungsprojektes  
Prof. Dr. Wirth,  
FHPol Brandenburg

Mitarbeiter:  
- Herr Jäkel, LKA Brandenburg  
- Frau Kraus,  
FHPol Brandenburg  
- Herr Sommer,  
PP Frankfurt (Oder)  
- Dr. Belitz, Psychologe



# Durchbruch bei Finanzplanung

POLIZEI INTERN

## Neues zum Projekt „Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ (Digitalfunk-BOS)



**Im letzten Jahr war es um das bundesweite Projekt Digitalfunk-BOS sehr ruhig geworden. Dies lag nach meiner Ansicht unmittelbar an der sehr „reservierten“ Haltung der Finanzministerkonferenz (FMK). Bei der aktuellen Haushaltslage im Bund und in den Ländern sahen die Finanzminister keinen Spielraum für ein Projekt von sieben Mrd. Euro.**

Sieben Mrd. Euro waren das gutachterlich belegte Ergebnis aus dem Interessenbekundungsverfahren mit Stand Mai 2002 gemäß § 7 Bundeshaushaltsordnung. Zudem waren die „Kassenwarte“ nicht bereit, die unumstößliche Notwendigkeit des Ersatzes des derzeitigen Analogfunks durch modernen Digitalfunk anzuerkennen. Argumente wie:

- Der technische Lebenslauf der bisher eingesetzten analogen Funktechnologie erzwingt aus einsatztaktischen und wirtschaftlichen Gründen unverzügliches Handeln. Die Leistungen der BOS sind an ihre Mobilität und damit an ein mobiles Kommunikationssystem gebunden.
- Es gibt rechtliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Wegfall der EU-Innengrenzen und/oder mit Blick auf den Austausch personengebundener Daten (Verschlüsselung).

■ Die Nutzung der vorhandenen Potentiale in der Arbeitseffizienz der BOS ist gefährdet, falls die BOS zukünftig nicht über ein modernes digitales Kommunikationsmittel verfügen. Darüber hinaus gehört der Aufbau und der Betrieb eines mobilen Kommunikationssystems nicht zu den Kernaufgaben der BOS. Der jetzige Analogfunk ist aber auf eine umfangreiche und kostenintensive Eigenbetreuung angewiesen.

konnten, wegen den unterschiedlichen Denk- und Verantwortungsansätzen der FMK und Innenministerkonferenz (IMK) in den Finanzressorts nicht auf fruchtbaren Boden fallen.

### Arbeitsgruppe auf Staatssekretäresebene

In dieser schwierigen Situation reifte in der IMK der Entschluss, auf der übergeordneten politischen Entscheidungsebene eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen.

Mit ihrer Entscheidung vom 19.12.2002 hat die Konferenz der Ministerpräsidenten unter Anwesenheit des Bundeskanzlers das Projekt von den Vorbehalten der FMK befreit sowie eine FMK und IMK bindende Terminvorgabe zur Herstellung der Etreife des Projektes bestätigt. Konkret wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe auf Staatssekretäresebene verpflichtet, das Projekt um diesen wichtigen Punkt voranzubringen. Nach hiesiger Einschätzung war dies der Durchbruch, zumindest aber ein entscheidender Meilenstein. Er ist gleichzeitig die Voraussetzung für eine Abbildung auf den Brandenburger Landeshaushalt. Somit bestehen gute Chancen, zum Jahr 2004 hier, aber auch bundesweit die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für das öffentliche Vergabeverfahren geschaffen sein.

Die aktuellen Projektplanungen halten weiterhin daran fest, das Großereignis Fußballweltmeisterschaft 2006, unter dem Blickwinkel der mobilen Kommunikation der BOS, bereits über das neue Digitalfunksystem sicherzustellen. Der Endausbau einer flächendeckenden bundesweiten Funkversorgung wird

wohl mindestens zwei weitere Jahre in Anspruch nehmen.

Die zukünftige Funkversorgungsdichte orientiert sich an der einsatztaktisch herausgehobenen Bedeutung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Abgrenzung von den übrigen Flächen (z.B. Landwirtschafts-, Wald- und Wasserflächen, Abbauland). Innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche (BB 7,7%; BRD 11,8%) wird eine Funkversorgung für Handfunkgeräte sichergestellt. Die übrigen Flächen erhalten eine Funkversorgung für KFZ-Funkgeräte. Letzteres entspricht den derzeitigen bundesweiten Planungskriterien für eine analoge 4m-Band-Funkversorgung.

### Leitstellenanbindung gesichert

Unabdingbarer Bestandteil des Gesamtkonzeptes ist die Möglichkeit, in den funktechnisch weniger gut versorgten Flächen beim Verlassen des Einsatzfahrzeuges weiterhin eine Leitstellenanbindung sicherzustellen. Dies erfolgt über das mitgeführte Handfunkgerät in Verbindung mit einer Gateway-Funktionalität aller KFZ-Funkgeräte. Einfach ausgedrückt, wer sein Fahrzeug mit dem Handfunkgerät erreicht, hat auch eine Verbindung zur Leitstelle.

Natürlich wird aus polizeilicher Sicht als Rückfallebene bei Netzausfall, aus Feuerwehrsicht als zwingend notwendiger Einsatzstellenfunk auch ein direkter Funkverkehr zwischen den einzelnen Funkgeräten ohne Netzunterstützung möglich sein. Die Reichweite dieser mit dem 2m-Band-Wechselsprechen vergleichbaren Funkkreise soll den heutigen Erfahrungen entsprechen. Es ist vorgesehen, das Projekt auf Landesebene in einer Landesprojektorganisation zu führen. Sobald die Arbeitsfähigkeit dieser Organisation hergestellt ist, wird sie sich im Intranet der Polizei vorstellen und ihren Kunden während der gesamten Projektlaufzeit als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Jörg Vogler  
Innenministerium, IV/5

Nach den taktischen und technischen Anforderungen an das zukünftige Digitalfunksystem<sup>1</sup> wird es mit Blick auf den Analogfunk insbesondere in nachfolgenden Bereichen spürbare Verbesserungen geben:

- \* die Anzahl der gleichzeitig nutzbaren Kommunikationskanäle wird sich erhöhen,
- \* die Kommunikationskapazitäten können zeitnah der Lage (insbesondere BAO) angepasst werden (Netzwerkmanagement),
- \* die Kommunikationsstrukturen können zeitnah der Lage (AAO und BAO) angepasst werden (dynamische Gruppenbildung),
- \* die Sprachverständlichkeit wird deutlich verbessert (digitales Unterdrücken von Neben- und Störgeräuschen),
- \* Datenübertragung auf GSM-Niveau,
- \* alle Übertragungen erfolgen verschlüsselt (BSI-zertifiziert, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik),
- \* Einzelverbindungen und „Telefonnutzungen“ werden möglich,
- \* Nutzung eines qualifizierten Notrufes (u.a. wer von wo, automatischer Notruf z.B. verschütteter Feuerwehrmann).

<sup>1</sup> Abschlussbericht über die Leistungsmerkmale eines Mindeststandards der Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern „Anforderungen an das Netz“ (GAN), Stand 23. Oktober 2002



# Neue Wege in der Verkehrsüberwachung

## Geschwindigkeitsüberwachung in „Grün-weiß“

**Die Unfallentwicklung in Brandenburg ist langfristig positiv. Dennoch starben im Jahr 2002 noch immer 359 Menschen auf unseren Straßen. Hauptunfallursache bei schweren Verkehrsunfällen ist dabei nach wie vor „überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit“.**

Allein im letzten Jahr starben bei Geschwindigkeitsunfällen 160 Verkehrsteilnehmer, mehr als 40 Prozent der insgesamt Getöteten. Daneben wurden im Rahmen der Verkehrsüberwachung der Polizei 614.666 Geschwindigkeitsverstöße (Vorjahr: 591.409) registriert. Laut Jahresbericht des Kraftfahrtbundesamtes waren im Jahr 2001 rund 6,6 Millionen Personen im Verkehrszentralregister registriert. Die Mehrzahl der Punkte wurde dabei wegen Geschwindigkeitsverstößen und Verkehrsverletzungen erteilt.

Eine Akzeptanz von Geschwindigkeitsbeschränkungen mit einer eingehenden Regeltreue ist auch im Land Brandenburg noch lange nicht erreicht. Grob verkehrswidriges Verhalten und Rücksichtslosigkeit sind für das Klima auf Brandenburgs Straßen weiterhin kennzeichnend. Aufgrund der sinkenden Unfallzahlen zu behaupten, es stünde alles zum Besten, ist aber grundsätzlich verfehlt. Selbst die sinkende Zahl von Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr hat unsägliches Leid für die Betroffenen zur Folge. Auch wenn die Unfallentwicklung im Hinblick auf die Unfallzahl und die Unfallfolgen sicher von vielen Einflussgrößen abhängig ist, eine entscheidende Rolle spielt aber immer noch der Faktor Mensch.

Im Rahmen eines Vortrages an der Polizei-Führungsakademie im Herbst letzten Jahres formulierte der Univ. Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Hermann Knoflacher zum Thema Kosten-Nutzen-Analyse einleitend:

**Es gibt Menschen und es gibt Autofahrer! Autofahrer handeln oft, Zyniker sagen sogar meist, irrational. Warum gehen sie für eine meist nur kurze Zeitersparnis das Risiko ein, selbst verletzt zu werden, andere Menschen zu schädigen, oder sogar ihren Tod zu verursachen?**

Aus diesem Grund muss die Verkehrsüberwachung auch weiter intensiviert und optimiert werden, insbesondere auch im Bereich der Hauptunfallursache - Geschwindigkeit. In der Polizei werden zur Zeit langjährig eingesetzte Instrumente in der Verkehrsüberwachung überdacht und neue Konzepte zur Erhöhung der Verkehrssicherheit erarbeitet. Neben den bekannten Radar-, ESO- und Lasergeschwindigkeitsmessgeräten kommt erstmals seit Dezember letzten Jahres ein mit Radartechnik ausgerüsteter Funkstreifenwagen „grün-weiß“ im Polizeipräsidium Potsdam zum Einsatz. Im Zusammenhang mit einem Pilotprojekt wird die Technische Einsatz Einheit der LESE nunmehr unterstützend zur Verkehrsüberwachung eingesetzt. Der Einsatz eines „grün-weißen“ Funkstreifenwagens mit Überwachungstechnik ist bundesweit grundsätzlich nicht gängig. Der Verkehrsteilnehmer ist eher an den Einsatz neutraler Radarwagen gewöhnt.

Mit diesem Einsatz soll jedoch nicht der Verkehrsteilnehmer getäuscht oder „abgezockt“ werden, sondern es soll festgestellt werden, inwieweit bei Wahrnehmung eines Funkstreifenwagens Verhalten bei Verkehrsteilnehmern beeinflusst wird. Häufig ist zu beobachten, dass die Präsenz eines Funkstreifenwagens keine Verhaltensreaktion bei Verkehrsteilnehmern hervorruft. Am häufigsten ist dies – u.a. auf den Autobahnen – festzustellen, wenn Polizeifahrzeuge innerhalb von geschwindigkeitsbegrenzten Bereichen die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf dem rechten Fahrstreifen fahren und bei Überholvorgängen – und damit auf offensichtliche Geschwindigkeitsüberschreitungen der Verkehrsteilnehmer – nicht reagieren. Grundsätzlich muss wirkungsorientierte Repression für „Raser und Drängler“ – also rücksichtslose Verkehrsteilnehmer – unberechenbar sein, um über einen wirkungsvollen Flächendruck Verhaltensänderungen herbeizuführen. Die Bundesanstalt für Straßenwesen<sup>1</sup> prognostiziert bis zum Jahr 2010 einen weiteren Rückgang der Verkehrsunfälle, eine deutliche Abnahme der Verkehrsunfälle mit Personenschaden sowie nahezu eine Halbierung der Zahl der Getöteten gegenüber heute. Als Ursache wird u.a. „eine Verbesserung des Verkehrsverhaltens durch verkehrserzieherische und -präventive Maßnahmen“ genannt. Auch bei Einsatz eines „grün-weißen“ Funkstreifenwagens zur Verkehrsüberwachung steht das Herbeiführen einer Verhaltensänderung beim Verkehrsteilnehmer im Mittelpunkt.

**Verkehrsteilnehmer sollen zukünftig davon ausgehen, dass am Fahrbahnrand abgestellte Funkstreifenwagen zur Verkehrsüberwachung flächendeckend eingesetzt sein können. Sie sollen ihre Geschwindigkeit anpassen und sich dadurch regelkonform verhalten.**

Verkehrsüberwachungsmaßnahmen der Polizei erfolgen für den Verkehrsteilnehmer damit weiterhin offen und wahrnehmbar.

Aber auch in der Polizei spielt der Faktor Mensch eine Rolle. Die Akzeptanz und Motivation zur Feststellung und Sanktionierung von Verkehrsverstößen als Element der Verkehrssicherheitsarbeit leidet häufig an der Einstellung. Völlig vernachlässigt wird, dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Verkehrsunfalls und dabei verletzt oder getötet zu werden, bedeutend höher ist, als die Gefahr, Opfer einer Körperverletzung oder eines Tötungsdeliktes zu werden. Diese Feststellung fordert Handlungsbedarf. In den „Leitlinien für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei“<sup>2</sup> ist in der Zielaussage formuliert:

**„In der Verkehrssicherheitsarbeit sollte die Polizei umfassend informierter, kritisch analysierender, sicherheitsorientierter und fachkundiger Initiator und Partner sein.“**

Ziel einer qualifizierten Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei muss es sein, Unfallgefahren und -folgen zu minimieren sowie Sicherheitsbedürfnisse der Bürger im Straßenverkehr zu befriedigen. Schwerpunkt ist dabei u.a. auch die Verkehrsüberwachung.

Verkehrssicherheitsarbeit ist integraler Bestandteil der Inneren Sicherheit und damit wesentliches Aufgabenfeld der Polizei. Der jährliche volkswirtschaftliche Schaden in Folge von Straßenverkehrsunfällen wird von der Bundesanstalt für Straßenwesen auf zur Zeit 36 Mrd. € geschätzt, demnach entfallen allein 53 Prozent auf Personenschäden. Für die Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr ist Verkehrsüberwachung daher unverzichtbar.

Udo Antonicek  
MI, AG IV/4.3.2

POMin Ute Kirchner und POM Jörg Kirschig bereiten den Kontrolleinsatz vor.

<sup>1</sup> BAST-Info 5/01, Entwicklung der Verkehrssicherheit und ihrer Determinanten bis zum Jahr 2010



# Handlungskonzept zur Bekämpfung „Politisch Motivierter Kriminalität“

POLIZEI INTERN

Eine strategische Betrachtung

**Seit dem 11. September 2001 hat der Begriff „Politisch Motivierte Kriminalität“ eine neue Dimension erhalten. „Al Qaida“ oder „Non-Alligned-Mudjaheddin“ waren Begriffe, die allenfalls einigen Spezialisten in Polizeikreisen geläufig waren.**

Auch die Polizei des Landes Brandenburg war und ist durch ein Bündel von Schutzmaßnahmen, Ermittlungen im Zusammenhang mit der polizeirechtlichen Rasterfahndung und der BAO „USA“ unmittelbar betroffen. Die weltpolitische Lage lässt zur Zeit nicht hoffen, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch für uns hier in Deutschland auf absehbare Zeit abnehmen wird.

Daneben dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir mit 1.530 im Meldedienst „Politisch Motivierte Kriminalität“ für das Jahr 2002 erfassten Straftaten weiterhin zu den am stärksten belasteten Flächenländern Deutschlands gehören dürften. Bei der Vorstellung der Lagezahlen auf einer Pressekonferenz am 28. Januar 2003 hat Innenminister Schönbohm darauf hingewiesen, dass der „gewaltbereite Rechtsextremismus weiterhin die gesamtgesellschaftliche Herausforderung Nummer 1 in Brandenburg war, ist und bleibt“. Die Polizeistrukturreform hat auch zu Veränderungen in der Aufbauorganisation bei der Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität geführt. Im Lichte dieser Veränderungen ist das Handlungskonzept zu sehen.

**Das Handlungskonzept lässt Freiheiten, weist aber auch Verantwortung zu.**

Das Ministerium des Innern und die Polizeibehörden haben gemeinsam in den letzten Monaten ein Handlungskonzept zur Bekämpfung Politisch Motivierter Kriminalität, der Erlass ist im Intranet unter der Rubrik „Erlasse“ mit Datum vom 19.01.03 abrufbar, erarbeitet, das durch Innenminister Schönbohm am 19. Januar 2003 mit dem besonderen Hinweis auf die Verantwortung der Polizeipräsidenten und der Schutzbereichsleiter bestätigt

wurde. Dieses Konzept ist auch Ausdruck des neuen Verständnisses polizeilicher Aufgabenerledigung. 18 Erlasse mit z. T. detaillierten Handlungsvorgaben wurden aufgehoben, um den Polizeibehörden ein lageangemessenes und wirkungsorientiertes Agieren zu ermöglichen. Dabei werden Bekämpfungsansätze und Präventionsstrategien (MEGA, TOMEG) weiter geführt, die sich bisher bewährt haben.

**Das Handlungskonzept geht von folgenden strategischen Überlegungen aus: Obwohl die Fälle Politisch Motivierter Kriminalität im Hinblick auf die Gesamtzahl aller Straftaten quantitativ eher unbeachtlich sind, hat das Phänomen für die objektive Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden eine besondere Bedeutung.**

Propagandadelikte, Volksverhetzungen (z. B. Schmierereien) und Präsenz von Extremisten sind Ausfluss und Nährboden gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, die letztendlich auch zu Gewaltstraftaten gegen Personen führen können. Die Polizei kann hier nur sehr eingeschränkt unmittelbaren Einfluss auf die Entstehung derartiger Phänomene nehmen, muss jedoch den Trägern formeller und informeller sozialer Kontrolle (z.B. Justiz, Eltern, Schule) immer wieder als Partner zur Verfügung stehen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Wahrnehmung radikaler und extremistischer Einstellungen auf unseren Straßen und Plätzen gerade in Deutschland auch ein Standortfaktor ist. Unsere Straßen dürfen nicht den Extremisten, aber auch nicht solchen überlassen werden, die unter dem politischen Mäntelchen dumpfe Gewaltambitionen ausleben wollen. Polizeiliches Ziel sollte sein, extremistische und gewaltbereite Präsenz im Vorfeld zu unterbinden, sowie Rädelsführer zu isolieren und damit unwirksam zu machen. Die Straße gehört den rechtschaffenden Bürgerinnen und Bürgern. Der Aufbau von Flächendruck ist spezialisierten und zentralisierten Einheiten nur unzureichend möglich. Zur Erhöhung des Flächendruckes müssen

im Rahmen des täglichen Dienstes alle Polizistinnen und Polizisten beitragen. Die Polizeiführung vor Ort entscheidet lagebedingt, welche Kräfte dauerhaft und welche Kräfte zeitweise zusätzlich eingesetzt werden.

**Vermeintlich politische Motivationen, Sozialisationsdefizite und damit einhergehende allgemeinkriminelle Verhaltensweisen sind oftmals nicht zu trennen.**

Nach Einschätzung des Landeskriminalamtes tritt eine Vielzahl der im Meldedienst „Politisch Motivierte Kriminalität“ erfassten Gewaltstraftäter auch im örtlichen Bereich der sog. allgemeinen Kriminalität in Erscheinung. Vielfach ist diesen Tätern die politische Dimension ihres Handelns gar nicht bewußt. Aus diesem Grunde ist es konsequent, dieses Klientel im örtlichen Kontext zu bekämpfen und bei Bedarf in eine täterorientierte Bearbeitung zu nehmen. Dazu sind die Partner für Prävention und Repression auf Schutzbereichsebene einzubeziehen. Da es sich vielfach um jugendliche und heranwachsende Störer und Tatverdächtige handelt, liegt die Affinität zur täterorientierten Jugendschbearbeitung auf der Hand. Der Schutzbereichsleiter hat insgesamt die Verantwortung für die Sicherheitslage in seinem Zuständigkeitsgebiet. Daher muss er auch die Möglichkeit haben, die Kräfte und Maßnahmen in diesem Lagefeld zu steuern.

**Ideologisch verfestigten, überörtlich wirkenden Störern und Tätern ist mit besonders spezialisierten Kräften im Zusammenspiel mit dem Verfassungsschutz zu begegnen.**

Die Durchführung verdeckter Initiativ- und Strukturermittlungen oder von Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit überörtlich handelnden, politisch motivierten Störer- und Tätergruppen würde die Schutzbereiche überfordern. Die in diesem Zusammenhang erforderlichen kriminaltaktischen Maßnahmen bedingen eine fundierte spezialisierte Ausbildung und angemessene Logistik, die aus Effizienzgesichtspunkten nur auf Präsidialebene und im Landeskriminalamt vorgehalten werden kann.

**Die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems der Bekämpfung Politisch Motivierter Kriminalität ist in hohem Maße von einer guten Informationsstruktur abhängig.**

Grundlage für die Informationsflüsse ist zunächst der bundesweit einheitliche Kriminalpolizeiliche Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK). Die hier zu erfassenden Sachverhalte werden durch die sachbearbeitenden Dienststellen erhoben und im Landeskriminalamt bewertet und zu einem Landeslagebild zusammen geführt. Dieses wiederum geht ein in ein Bundeslagebild, das im Landeskriminalamt erstellt wird. Darüber hinaus werden im Vorfeld Daten und Erkenntnisse erhoben, die bei der Bearbeitung von Strafverfahren, zur Einschätzung von Gefahrenlagen oder insgesamt für die Ausrichtung polizeilicher Maßnahmen von Bedeutung sind.

Eine durch das Ministerium des Innern initiierte Arbeitsgruppe bereitet zur Zeit ein auf der Datenbank POLYGON basierendes vernetztes Auswertungssystem vor (ASS - Auswertungssystem Staatsschutz), das in Kürze dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Akteneinsicht (LDA) vorgelegt werden soll. Diese Anwendung soll den Polizeidienststellen die nötigen operativen und Führungsinformationen aktuell bereit stellen und gleichzeitig Grundlage für den KPMD - PMK sein.

## Ausblick

Innenminister Schönbohm hat anlässlich der bereits erwähnten Pressekonferenz betont, dass wir mit unseren polizeilich-repressiven Maßnahmen „am Anschlag“ sind. Gleichwohl gilt es, Flächendruck und täterorientierte Maßnahmen sinnvoll zu kombinieren. Daher ist es einerseits konsequent, die Verantwortung in die Breite zu tragen, andererseits aber auch mit hoch spezialisierten Einheiten gezielt zu agieren. Vertreter des Ministeriums des Innern und der Polizeibehörden haben auf einer Besprechung im Landeskriminalamt am 30. Januar 2003 vereinbart, die Prozesse in diesem Bereich intensiv zu betrachten, um die Effizienz der Maßnahmen zu sichern bzw. zu erhöhen.

*Rainer Grieger  
Innenministerium, IV/4*



Zwölf deutsche Polizeibeamte von Bund (6) und mehreren Ländern (6) versehen seit dem 02.04.2002 bis auf weiteres ihren Dienst als Teil der Projektgruppe Polizeiliche Aufbauhilfe Afghanistan (PGPAA) des BMI in Kabul. Sie sollen u.a. die Afghanischen Sicherheitsbehörden beim Aufbau einer Afghanischen Polizei beraten und bei der Ausbildung von Polizeikräften sowie bei der Errichtung einer Polizeiakademie helfen.

Einer von Ihnen ist Kriminalhauptkommissar **Gerald Schuldt** von der Fachhochschule der Polizei in Basdorf. Sein Bericht nach einem Jahr Aufenthalt in Afghanistan macht die Kompliziertheit des Einsatzes sichtbar, zeigt aber auch die Hoffnung, die die Menschen in Kabul gerade an die Anwesenheit des deutschen Polizeikontingents knüpfen. Hier einige Auszüge.

Mit Stolz erfüllte es mich, dass ich am 09.04.2002, an der schwer zerstörten Polizeiakademie Kabul, den ersten deutschen Unterricht – nach 25 Jahren bürgerkriegsbedingten Stillstand – zum Thema Erkennungsdienst, mit Kommissarsanwärtern des 3. Studienjahres durchführte. Bereits am 13.04.2002 begann unser Team mit der Durchführung von zweiwöchigen Multiplikatorenseminaren für Dozenten der Kabuler Polizeiakademie. Aufgrund der Teilnehmerzahlen (bis zu 51) und der zerstörten Lehrsäle wurde meist im freien bei bis zu 34 Grad im Schatten unterrichtet.

Beeindruckend war das nationale und internationale Interesse an diesem Unterricht, aber auch der Leistungswille der bis zu vierzig Dienstjahre erfahrenen Generäle und Obristen, die in der Modulausbildung zeigten, dass sie über sehr gutes polizeitaktisches Wissen verfügten. Fast jeden zweiten Tag nahmen in- und ausländische Rundfunk- und Fernsehsender oder Pressevertreter an den Lehrveranstaltungen teil. Inzwischen ist ein gewisser Alltag in der Ausbildung eingezogen. Hunderte Polizisten wurden bereits ausgebildet und das auch an Tatorten, die wir in Deutschland glücklicherweise nicht kennen. Hier sind allerdings Terroranschläge an der Tagesordnung und es gilt die afghanischen Polizisten auf die Tatortarbeit an solch fürchterlichen Tatorten vorzubereiten. Sehr gut erinnere ich mich noch an den 5. September letzten Jahres, als in der Innenstadt von Kabul eine Autobombe 30 Men-

# Erste Hoffnung am Hindukusch

## Deutscher Polizeieinsatz in Afghanistan



schen tötete. Ich bin sofort hingefahren, habe Fotos gemacht und meine afghanischen Kollegen bei der Spurensicherung beraten. Es war ein Bild des Grauens, überall Blut, abgerissene Körperteile und tote Menschen. Das Nummernschild des PKW Moskwitsch, in dem die Bombe explodierte, fand ich z.B. 120m von dem zeretzten PKW entfernt. Solche Tatorte spielen deshalb in der Ausbildung eine wichtige Rolle. Mit einem Autowrack ist die Tatortsituation vom 5. September nachgestellt worden, um mit den afghanischen Polizisten Tatortsicherung und Spurensuche zu üben.

Stets herausgehoben wird auch bei Gesprächen mit unseren Ansprechpartnern im Afghanischen Innenministerium die jahrzehntelange Kooperation mit der deutschen Polizei. Die bloße Anwesenheit von deutschen Polizisten in Afghanistan wird von der Interims-Regierung und von der Bevölkerung als bedeutender Faktor bei der Stabilisierung des Landes eingeschätzt. Die bekundete Beliebtheit der Deutschen spürt man bei Kontakten mit den Einheimischen auf der Straße, auf dem Basar oder bei dienstlichen Treffen.

Bewundernswert, wie die Afghanen mit der schweren Zerstörung ihres Landes und ihrer Seelen fertig werden. Überall wird gebaut, gehandelt oder gewerkelt. Und dann findest du

auch die strahlenden Kinderaugen, die sich in ihrer bitteren Armut über Schokolade, Eis oder Haribo-Konfekt freuen.

Natürlich lebt man in Kabul in einer anderen Welt.

Von anfänglichen Baustellen- bzw. spärlichen Campingstandard wurde unsere Unterkunft mit Hilfe des THW für Afghanische Verhältnisse luxuriös. Auf einer etwa 1000 m<sup>2</sup> großen „Oase“ im Regierungsviertel Kabuls haben wir nun ausreichende Unterkünfte (DZ/EZ), Büroräume, einen Blumengarten und einen eigenen Tiefenbrunnen. Meistens ist auch Strom vorhanden. Allerdings wirken diese Annehmlichkeiten nur bis zum Einbruch der Dunkelheit. Einen Objektschutz gab es für unseren Unterkunfts-komplex bislang nicht. Eigensicherungsmäßig verteidigen wir uns notfalls mit unseren „Zauberpistolen“ der Marke SIGSAUER. Vielleicht bekommen wir demnächst sogar Funkgeräte für die Notfallkommunikation. Sieht man aber die Probleme der Afghanen so erscheinen die unseren als belanglos.



Ein typisch orientalisches Abend- oder Nachtleben lässt die instabile Sicherheitslage in Kabul nicht zu. Aus Angst vor Raubüberfällen schließen die meisten Geschäfte gegen 18.30 Uhr, die wenigen Restaurants gegen 20.00 Uhr. Typisch-mitteuropäische Freizeitbeschäftigungen sind nicht möglich. Alkoholtrinken ist in Afghanistan eine Straftat.

Verpflegen können wir uns im 11 km entfernten Camp „Warehouse“ der deutschen ISAF.

Der Straßenstaub wird schon mal zum Sandsturm und 40 Grad sind im trockenen, 1800m hohen Klima von Kabul monatelang möglich. Von Straßenverkehrsdisziplin der Afghanen kann im Moment keine Rede sein. Keiner hält sich an Regeln und zu oft wird auf Allah vertraut. Vereinzelt gibt es noch Raketenangriffe auf Kabul und manchmal ist es unklar, mit welcher Absicht sich Afghanische Panzer im Straßenverkehr bewegen oder aus welchem Anlass geschossen wird.

Für die Menschen hier gibt es nur wenige Chancen auf Frieden. Deswegen nehmen wir die erwähnten Widrigkeiten gern in Kauf. Es bleibt also ein spannender Einsatz am Hindukusch.





Der Leiter der Polizeiabteilung, Ministerialdirigent Hans-Jürgen Hohnen (4.v.l.), reiste im Rahmen einer Auslandsdienstreise nach Mazedonien am 11. Januar auch in den Kosevo, um sich persönlich einen Eindruck von den Dienstbedingungen der dort diensttuenden Brandenburger Polizeibeamten (u.a. PHK Stephan, FHPol, 3.v.r.) zu verschaffen. Bei einer Besichtigung der von Serben und Albanern bewohnten Stadt Mitrovica konnte er sich davon überzeugen, unter welch komplizierten Bedingungen das internationale Polizeikontingent in eigenständiger Verantwortung

Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten hat. Auf einem Arbeitssessen, an dem auch Vertreter der Stabs- und Vorgesetztenebene teilnahmen, berichteten ihm die Brandenburger Polizeibeamten über ihr tägliches Dienstgeschehen und auch über die allgemeinen Bedingungen unter denen sie in diesem immer noch stark vom Krieg gezeichneten Land ihr Leben einrichten müssen. Herr Hohnen nahm die Berichte der Beamten mit großem Interesse entgegen und zollte ihrer Arbeit in dieser wichtigen internationalen Mission großen Respekt.

Innenminister Jörg Schönbohm verabschiedete KHK Siegfried Schulz am 04.03.2003 und wünschte ihm viel Erfolg für den Einsatz in Afghanistan. Es ist der erste Auslandeinsatz für den 1946 in Skien (Norwegen) geborenen Polizeivollzugsbeamten der FHPol. Nach seiner Abreise am 15.03.2003 wird er zunächst für 6 Monate als Sachbearbeiter für Aus- und Fortbildung im Koordinierungsstab in Kabul tätig sein. KHK Schulz löst den seit dem 02.04.2002 bis zum 10.04.2003 im Projektbüro in Kabul eingesetzten Polizeibeamten KHK Gerald Schuldt ab.



## Hintergrund

Aufgrund früherer, langjähriger bilateraler Kooperation mit Afghanistan im Polizeibereich hat die BRD beim Wiederaufbau Afghanistans eine Führungsrolle bei der Koordinierung der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungsmaßnahmen übernommen. Am 15.03.02 wurde zwischen dem BMI der BRD und dem Innenministerium der Interimsregierung von Afghanistan eine Vereinbarung über die Einrichtung eines Projektbüros in Kabul zum Wiederaufbau der Afghanischen Polizei im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan geschlossen.

Aufgaben- und Tätigkeitsbereich des Projektbüros sind wie folgt festgelegt:

- Beratung der afghanischen Sicherheitsbehörden beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Grundsätzen und der Beachtung der Menschenrechte verpflichteten afghanischen Polizei und bei der Bekämpfung des Drogenanbaus, der -verarbeitung sowie des -handels,
  - Unterstützung bei der Ausbildung von Polizeirekruten,
  - Hilfeleistung bei der Errichtung einer Polizeiakademie,
  - Umsetzung der bilateralen polizeilichen Ausstattungshilfe und
  - Koordinierung der internationalen Unterstützung für den Aufbau der afghanischen Polizei.
- Das Projektbüro in Kabul ist derzeit mit 12 deutschen Polizeivollzugsbeamten besetzt.

## Übungsleiter an der FHPol großen Zusp

**„Sport ist Mord!“ dachten wir 19 Teilnehmer zu Beginn des Februar - Lehrgangs „Übungsleiter Breitensport“ und unseren ersten großen Schock erlebten wir bereits, als der straff durchorganisierte Stundenplan für die folgenden drei Wochen vorgestellt wurde. Auf den drei DIN A 4 Seiten war eine tägliche Arbeitszeit von 07.30 Uhr bis 17.00 Uhr vorgesehen. Nichts mit drei Wochen Urlaub, wie wir von unseren Kollegen in den Lehrgang verabschiedet wurden.**

Wir, das war ein kurzfristig zusammengewürfelter Haufen aus Verwaltungs- und Vollzugsbeamten aus den unterschiedlichsten Bereichen der Polizei mit den verschiedensten sportlichen Interessen, wie Schwimmen, Fußball, Handball, Volleyball, Segelfliegen, Aerobic,



Laufen, Kraft- und Kampfsport. Den schwersten Stand hatte zunächst unser „Turnvater Ja(h)n“ Schröder, all die sportlichen Abneigungen und Interessen aufeinander abzustimmen. Mit seiner lockeren, humorvollen Art und seinem schier unerschöpflichen Wissen zum Thema, gelang es ihm, uns von Beginn an bis in die Haarspitzen zu motivieren. Bei näherem Blick auf Seite drei des Organisationsplanes kam der zweite Schock. Eine Klausur sowie eine praktische Prüfung in Form einer Lehrprobe waren im Programm vorgesehen!

# Lehrgang findet Ruch

Ein intensives tägliches Sportprogramm begleitete uns. Keine Mühen und Anstrengungen wurden gescheut, um uns die Vielfalt des Breitensportes und die bestmöglichen Trainingsmethoden nahe zu bringen. Dabei wurden unsere grobmotorischen Fähigkeiten im Bereich der Aerobic von der Trainerin Andrea Sekula ebenso geschult wie Kondition und Kraft. Die Motivation unserer beiden Trainer reichte sogar soweit, dass wir selbst noch in der Freizeit vom Sport nicht genug bekamen und uns mehrfach in Aqua-Jogging, Fußball, Volleyball, Badminton, Squash, Problemzonen-gymnastik und Step-Aerobic übten.

Trotz des immer wieder auftretenden Muskelkaters gelang es Jan Schröder, uns über die drei Wochen so zu begeistern, dass wir bis zum Schluss bei jeder Unterrichtsstunde hellwach und aufnahmefähig waren und wir mit unseren ständig andauernden und nervenden Fragen immer den Zeitplan sprengten.

Im Ergebnis müssen wir bedauern, dass dieser tolle Lehrgang schon nach drei Wochen beendet wurde. Es bleibt ein kleiner Trost, da wir ja jetzt mit unseren frisch erworbenen Kenntnissen unsere Kolleginnen und Kollegen erfreuen können.

*Das Lehrgangsteam*



*Die Teilnehmer des Übungsleiterlehrgangs Breitensport beim sportmedizinischen Muskel-funktionstest*

## Guido Handrick – erfolgreichster Mannschaftssportler

info  
110

POLIZEISPORT



*Guido Handrick (10) in einem Vorrundenspiel zur Deutschen Polizeimeisterschaft am 6. und 7. Februar 2002 in Basdorf*

**Der 36-jährige POK, der nach 5-jährigem Sportstudium in Potsdam, über den Wehrdienst zur Bereitschaftspolizei kam, 1995 den Aufstiegslehrgang in den gehobenen Polizeivollzugsdienst absolvierte, um sich anschließend zum IF-Trainer fortzubilden, ist seit einem Jahr verantwortlich für die Aus- und Fortbildung in der LESE.**

Seinem Sport – dem Volleyball – ist er bereits drei Jahrzehnte lang verbunden. Eine höchst erfolgreiche Liaison: 14-jährig spielt er bereits in der Bezirksliga der Männer. „Das brachte die richtige Härte!“, so Guido Handrick über diese Zeit.

In der Jugend dann schon die höchste Spielklasse – DDR-Liga. Höhepunkt hier der DDR-Meistertitel mit seinem Verein Potsdam-Waldstadt. Der Wechsel zum USV Potsdam sicherte ihm auch im vereinten Deutschland Volleyballspiel auf hohem Niveau. Nach dem sensationellen Aufstieg in die 2. Bundesliga überraschte der USV mit einem überragenden 5. Platz am Ende der Saison 1999/2000. Auf dem Höhepunkt seiner Vereinssportkarriere angekommen, zog sich Guido aus dem Hallenvolleyball zurück und spielt seitdem wiederum recht erfolgreich Beachvolleyball im Raum Berlin-Brandenburg.

Innerhalb der Polizei engagiert sich Guido seit Jahren im Bereich Volleyball, ist Kapitän der Brandenburgischen Männerauswahl und trainiert die Frauenauswahlmannschaft.

Im Rahmen der Vorrunde zur Deutschen Polizeimeisterschaft (DPM) 1996 wurde er vom Bundestrainer für die Volleyballnationalmannschaft der Polizei nominiert. Eine hohe Ehre, die erstmals einem Polizeisportler des Landes Brandenburg zuteil wurde. Mit diesem Team qualifizierte er sich im vergangenen Jahr für die Europäische Polizeimeisterschaft auf Zypern und erkämpfte einen hervorragenden 4. Platz. Guido dazu: „Eigentlich wollte ich nur Spaß haben und war froh, mitfahren zu dürfen. An einen Einsatz in den Spielen zu glauben, war utopisch, sind doch alle anderen aktive Bundesligaspieler!“

Mit seinem enormen Ehrgeiz gelang es Guido, sich in den „Stamm-Sechser“ zu spielen. Welche Position er mittlerweile in der Nationalmannschaft einnimmt, zeigt die Wertung des Bundesfachwartes Volleyball im letzten Polizeisportkurier in Auswertung des Polizei-Länderspieles Deutschland – Niederlande im November 2002: „Nachdem Guido Handrick (BB) als Allrounder im dritten Satz eingewechselt wurde, kam die deutsche Auswahl immer besser ins Spiel.“

Befragt nach den Entwicklungen des Volleyballsportes in der Brandenburger Polizei resümierte der Kapitän der Landesauswahl, dass im Jahr 2002 ein großer Schritt gemacht wurde. Erstmals gelang es dem Männerteam sich für die DPM zu qualifizieren. In einer hochdramatischen Vorrunde im eigenen Land konnte man sich durch Kampfgeist gepaart mit einer geschlossenen Mannschaftsleistung ohne Punktverlust durchsetzen.

Bei den Deutschen Polizeimeisterschaften in Hannover erkämpften die Brandenburger dann den 7. Platz und bestätigten damit die Spitzenposition innerhalb des ostdeutschen Volleyballpolizeisportes.

Guido Handrick fordert die Etablierung des Polizeivolleyballbes auch außerhalb der Landesauswahlebene. Präsidialmeisterschaften wären zum Beispiel eine Möglichkeit, um viele Kolleginnen und Kollegen für den Volleyballsport zu begeistern. Natürlich spielt die Unterstützung des Vorgesetzten bei ausgeprägtem sportlichen Engagement eine große Rolle. „Zum Glück,“ so Guido Handrick, „ist das in der LESE kein Problem. Herr Uhlenbruck begrüßt jegliche Fortschritte im Bereich Sport, will die Fitness seiner Beamten steigern und unterstützt meine Aktivitäten!“

Bedauerlich ist für ihn die Situation im Bereich des Dienstsportes des Landes, die sich durch die Auflösung der Sportkoordinatorenstellen eingestellt hat. Als Verantwortlicher A/F hat Guido ein Konzept entwickelt, das die Einsetzung von Sportverantwortlichen in den einzelnen Dienststellen der LESE vorsieht. Diese werden nach seiner Auffassung unbedingt als Ansprechpartner, Organisatoren von Wettkämpfen und zur Dienstsportgestaltung benötigt.

*Antje Hagemann  
LESE*



## Die Höhepunkte des Sportjahres 2002

5. EPM Volleyball auf Zypern 20.-24. November	Deutsche Nationalmannschaft belegt 4. Platz, POK Guido Handrick (LESE) als Brandenburger mit im Team
13. EPM Leichtathletik in Polen 18.-19. August	Cathleen Thiele erkämpft den 5. Platz in einem hochklassigen 800 m-Finale
DPM Volleyball in Hannover 25.-27. Juni	Landesauswahl der Männer qualifiziert sich in der Vorrunde verlustpunktfrei erstmals für das Finale in Hannover und belegte dort den 7. Platz; bestes ostdeutsches Team
27. DPM Schwimmen und Retten in Freiburg 09.-10. Oktober	Erfolgreichster Brandenburger: Eik Lehmann ( LESE) 3. Platz, 50 m Freistil
25. DPM Judo in Duisburg 19.-20. November	Kleine Delegation holt zwei Medaillen: 3. Platz Kerstin Schmidtsdorf (LESE), 70 kg 3. Platz Sandy Wegener (FHPol), 57 kg
5. DPM Handball in Bautzen 22.-24. Mai	Die Frauenauswahl scheitert in der Vorrunde deutlich an Bund und Niedersachsen; positiv: Antje Hagemann (LESE) wird in die Bundesauswahl berufen
1. DPM Fußball in Eutin 18. April, 14. Mai	Erstmals bestreitet eine brandenburgische Auswahlmannschaft der Frauen die Vorrunde; positive Ansätze im Spiel gegen Thüringen (0:1), Nordrhein-Westfalen (3.Platz, DPM) zeigt deutlich Grenzen auf (0:7)
Schwimmfest Berlin/ Brandenburg in Oranienburg 11.-12. September	Starke Teilnehmerfelder aus beiden Ländern, ausgezeichnete Organisation durch den Fachwart
LPM Waldlauf in Basdorf 16. Oktober	Großartige Resonanz – 194 Aktive; gute Zeiten und Platzierungen für das Laufteam der FHPol
LPM Volleyball in Basdorf 09. Oktober	Traditionelles Turnier auf gutem Niveau; leider gab es strukturreformbedingte Fehlmeldungen von ehemals etablierten Teams. Sieger bei den Männern: Team LESE Sieger bei den Frauen: Team FHPol

## Fachwarte für die Wettkampfsportarten ernannt

Im Dezember 2002 wurden vom Polizeisportbeauftragten des Landes Brandenburg, PD Heinz Liefke, die Fachwarte für die Wettkampfsportarten ernannt.

Fachwart	Name	Vorname	Dienstgrad	PB/PE	Dienststelle
Handball	Ferchhof	Reinhard	PHM	Frankfurt (Oder)	SB OSL
Fußball	Pröger	Gerd	PHK	FHPol	Dez. F 4
Volleyball	Mortag	Fritz	EPHK	FHPol	Dez. F 4
Selbstverteidigung	Anke	Jürgen	PHK	FHPol	Dez. F 4
Ringern	Leffler	Reiner	POK	Potsdam	SB Pdm
Triathlon	Krug	Thomas	PK	FHPol	Dez. F 4
Gesundheitssport	Schröder	Jan	Rang.	FHPol	Dez. F 4
Schießen	Konrad	Manfred	POK	Frankfurt (Oder)	SB DS
Schwimmen/Retten	Sachse	Uwe	POK	Frankfurt (Oder)	SB CB/SN
Radsport	Nothing	Hans-Joachim	PHK	Frankfurt (Oder)	SB OS
Lauf	Meister	Frank	POK	Potsdam	SB POT

# LESE-Angehörige bei den World Police & Fire Games 2003



**Vom 27. Juli bis 03. August 2003 finden in diesem Jahr die Welt-Polizei- und Feuerwehrspiele in Barcelona statt.**

Nach den Olympischen Spielen ist dieses Sportereignis das größte in der Welt. Bei den vergangenen Spielen 2001 in Indianapolis waren 8000 Sportler aus 80 Nationen am Start. Neben klassischen Sportarten wie Schwimmen, Judo, Schießen und Leichtathletik stehen auch Sportarten wie Tauziehen, Armdrücken und Bogenschießen auf dem umfangreichen Wettkampfprogramm. Gerade diese Mischung ermöglicht die Teilnahme von Freizeit- und Leistungssportlern bei den Spielen. Im Vordergrund steht der

gemeinsame sportliche Wettkampf sowie die Begegnung mit Berufskollegen aus anderen Ländern. Zu den vergangenen Spielen startete das deutsche Team mit 140 Sportlern und schnitt mit über 90 Medaillen hervorragend ab. Achtbar schlugen sich die 6 Brandenburger Starter und kehrten mit 3 Medaillen aus Indianapolis zurück. Bei den diesjährigen Spielen in Barcelona wird die Polizei Brandenburg mit einem starken Aufgebot an den Wettkämpfen teilnehmen. In die spanische Hafenstadt reisen ca. 30 Sportler aus verschiedenen Dienststellen des Landes, darunter auch 6 Teilnehmer der LESE aus der 1. Einsatzhundertschaft. Die Starter Kirsten Mönckmeyer, Hanka Haseloff, Sylvie Plehn, Anja Würsig, Jens Nagler und Wolfram Christen werden in verschiedenen Disziplinen der Leichtathletik, im Schwimmen und in Mannschaftssportarten an den Start gehen. Nähere Informationen zu den Spielen sind im Internet unter der Adresse wpfg.de zu erfahren.

*POK Wolfram Christen*

*Anmerkung der Redaktion: Die Sportler finanzieren ihre Teilnahme selbst! Alle Achtung.*

## Einführung der Krankenversichertenkarte

Wie bereits im Intranet der Polizei berichtet, traten mit der Einführung der Krankenversichertenkarte (KVK) zum 01.01.2003 technische Probleme auf. Wegen einer fehlerhaften Freigabe der Musterkarten durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und durch die Firma PAV Card GmbH (Kartenhersteller) kann die KVK nicht in allen Arztpraxen eingelezen werden. Um dieses technische Problem zu lösen, erfolgte eine Neuproduktion der KVK. Aufgrund der eindeutigen Schuldfrage übernahm

men die KBV und der Kartenhersteller die dafür entstehenden Kosten anteilig. Das bedeutet, dass die mit den aktuellen Personaldaten vom Februar versehenen „neuen“ KVK Anfang März neu gedruckt wurden und sich auf dem Postweg an jeden heilfürsorgeberechtigten Polizeivollzugsbeamten in Versendung befinden. Die vorhandenen nichtfunktionsfähigen KVK (Gültigkeit bis 12.08) sind dann in eigener Verantwortung zu vernichten. Bis zum Erhalt des Neudrucks der KVK bleiben für die Inanspruchnahme einer ärztlichen oder zahnärztlichen Leistung die bisher vorhandenen Behandlungsscheine gültig.

*Eva-Maria Gärtner  
Leitende Polizeiarztin*



## Ein Blick zurück – und in die Zukunft

**Die letzte Ausgabe der info 110, die als gemeinsame Ausgabe von Polizei und Katastrophenschutz herausgegeben wurde, erinnert an den überragenden Anteil der Hilfsorganisationen an der Bewältigung der damaligen Hochwasserlage.**

Um derartige Naturkatastrophen, aber auch die neuen Herausforderungen des internationalen Terrorismus noch besser meistern zu können, haben das Innenministerium Brandenburg und die freiwilligen Hilfsorganisationen eine noch engere Verzahnung ihrer Arbeit vereinbart. Auf einer Pressekonferenz am 20.02.2003 äußerte sich Innenstaatssekretär Eike Lancelle gemeinsam mit Vertretern der Freiwilligenorganisationen. Vorgesehen sind nach seinen Worten unter anderem regelmäßige Arbeitstreffen und gemeinsame Übungen. „Dies alles ist Ausdruck eines strategischen Denkens, das auf gemeinsames Krisenmanagement im Sinne eines partnerschaftlichen Zusam-

menwirkens setzt“ erläuterte Staatssekretär Lancelle. Die enge Verzahnung der Potenziale der Hilfsorganisationen und der Länder ist im übrigen auch ein Kernelement des vor wenigen Wochen von Bund und Ländern beschlossenen Rahmenkonzepts für eine „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“, im Internet unter [www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilung/ix\\_91509.htm](http://www.bmi.bund.de/dokumente/Pressemitteilung/ix_91509.htm)

Mit Wirkung vom 14. Februar 2003 verfügt das Land Brandenburg in der Landeshauptstadt Potsdam auch über ein Lagezentrum für Brand- und Katastrophenschutz.

Nur wenige Tage später, kurz vor Redaktionsschluss, hat der begonnene Irak-Krieg aktuell und auf dramatische Weise die Notwendigkeit einer solchen Lagezentrale deutlich gemacht. Seitdem laufen hier alle Informationen zusammen, die für eine koordinierte Vorbereitung der Rettungs- und Katastrophenkräfte in allen denkbaren Einsatzsituationen bedeutsam sind.



**Staatssekretär Eike Lancelle (2. v.r.) und Ministerialdirigent Hans-Jürgen Hohnen, Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Polizei, Brand- und Katastrophenschutz“ (rechts im Bild), unterstrichen noch einmal die Bedeutung der Hilfsorganisationen mit ihren insgesamt 4.000 ehrenamtlichen Helfern, die gemeinsam mit den Feuerwehren für einen flächendeckenden Katastrophenschutz sorgen.**



## PERSONALNACHRICHTEN

■ Zur Absicherung wichtiger Aufgaben im Rahmen des Sicherheitspakets konnte das Landeskriminalamt Brandenburg durch die Einstellung von Spezialisten – u.a. für die Bereiche Wirtschaftsprüfdienst, Auswertung und Analyse Rechtsextremismus/-terrorismus bzw. Politisch motivierter Ausländerextremismus/-terrorismus, Gerichtschemie, Urkundenuntersuchung sowie DV-Beweissicherung/Internetbeweissicherung – verstärkt werden.

■ Herr Polizeipräsident a.D. Hartmut Lietsch, der seit dem 1. Oktober 2002 die Leitung des Vorbereitungsstabes der Deutsch-Polnischen Verbindungsstelle im Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) inne hat, wurde am 23. Dezember 2002 zum Regierungsdirektor ernannt. Mit Wirkung vom 02. April 2003 wurde der Vorbereitungsstab dieser Verbindungsstelle in einen Aufbaustab umgewandelt. Die neue Dienststelle beschleunigt und vereinfacht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere bei der Bekämpfung von Straftaten.

■ Im Zuge der Polizeistrukturreform wurde der ehemalige Präsident des Polizeipräsidioms Cottbus, Herr Polizeipräsident a.D. Jürgen Lüth, zum Sicherheitsberater Sport des Innenministers berufen. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit soll insbesondere in der Vorbeugung und Abwehr von Gefahren bei allen öffentlichen, sportlichen Veranstaltungen liegen. Herr Lüth unterstützt das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg bei der Entwicklung von Strategien zur Vorbeugung und Abwehr von Gefahren bei sportlichen Großveranstaltungen und bei der Erarbeitung von Präventions- und Sicherheitskonzepten.

■ Herr Polizeipräsident a.D. Dr. Detlef von Schwerin nimmt seit dem 01. Oktober 2002 eine Bertätigkeit zu Fragen der Inneren Sicherheit auf EU-Ebene für das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wahr. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind komplexe Beratungs- und Unterstützungsleistungen entsprechend seiner beruflichen Erfahrungen und Kenntnisse zur Polizeiorganisation und zu polizeilichen Einsatzabläufen bezogen auf Themen der Inneren Sicherheit in der Europäischen Union.

■ Herrn Polizeidirektor Hans-Joseph Uhlenbruck, langjährig als Referent im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg tätig, wurde mit seiner Versetzung zum 1. Oktober 2002 die Leitung der Landeseinsatzeinheit der Polizei übertragen.

■ Frau Leitende Regierungsdirektorin Britta Stark, Abteilungsleiterin Prävention beim Landeskriminalamt Brandenburg, erklärte am 14. November 2002 die Annahme des Mandats als Abgeordnete des 3. Landtages Brandenburg und nahm ihre Arbeit als Mitglied des Landtages auf. Ihre Nachfolge als Abteilungsleiterin Prävention beim Landeskriminalamt übernimmt Herr Leitender Polizeidirektor Uwe Westen, langjähriger Abteilungsleiter Einsatz/Ermittlung im ehemaligen Polizeipräsidium Oranienburg und zuletzt Sicherheits- und Präventionsberater für den Landkreis Oberhavel.

■ Der Direktor des ehemaligen Zentraldienstes der Polizei für Technik und Beschaffung, Jörg Kramer, wurde am 20. November 2002 durch Herrn Staatssekretär Eike

Lancelle in sein neues Amt als Leiter des Staatlichen Munitionsbergungsdienstes eingeführt. Er übernahm die Nachfolge von Herrn Regierungsdirektor Paul Koch, der als Referent für den Bereich Kampfmittelbeseitigung ins Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wechselte.

■ Mit Wirkung vom 3. März 2003 ist Herr Regierungsdirektor Jörg Wollny, bisher Referatsleiter IV/5 im Innenministerium, zum Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg abgeordnet und dort mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Direktors beauftragt worden.

In den Monaten zuvor hatte sich der Leiter des Bereichs Verwaltung im ZDPol, Herr Regierungsdirektor Horst Herf, bereit erklärt, zusätzlich die Geschäfte des Zentraldienstdirektors zu übernehmen.

■ Herr Leitender Polizeidirektor Peter Schultheiß, langjährig als Abteilungsleiter Einsatz/Ermittlung im ehemaligen Polizeipräsidium Potsdam tätig, ist mit Ablauf des 31. Oktober 2002 in den wohlverdienten Ruhestand getreten.

■ Herr Leitender Polizeidirektor Jürgen Luther, langjähriger Abteilungsleiter Einsatz/Ermittlung im ehemaligen Präsidium der Wasserschutzpolizei, sowie Herr Polizeidirektor Ulrich Ilius, langjähriger Leiter des ehemaligen Schutzbereichs Fürstenwalde und zuletzt tätig im Vorbereitungsstab der Deutsch-Polnischen Verbindungsstelle des Polizeipräsidioms Frankfurt (Oder), traten mit Ablauf des 28. Februar 2003 in den wohlverdienten Ruhestand.



In dieser neu eingerichteten Medienecke möchten wir von nun an Journalisten und Moderatoren, Magazine und Redaktionen der Print- wie auch der elektronischen Medien vorstellen, die über unsere Arbeit berichten.

Mit dem Moderator des ORB-Kriminalreports „Täter-Opfer-Polizei“, Uwe Madel, sprach Norbert Horn

TÄTER  
OPFER  
POLIZEI

Kriminalreport



## Es herrscht Offenheit zwischen uns und wir gehen fair miteinander um

**Redaktion „info 110“** Die Sendereihe „Täter-Opfer-Polizei“ hat sich einen festen Platz im ORB-Fernsehen gesichert. Womit erklären Sie sich das große Interesse der Zuschauer für den ORB-Kriminalreport?

**Uwe Madel** Die Einschaltquote von 14 bis 15% zeigt, dass die Zuschauer unsere Sendung, unsere Themen, sehen wollen. Wir sind damit ja auch an dem Lebensbereich, der die Leute unmittelbar betrifft, praktisch dicht am täglichen Leben. Viele Zuschauer haben eigene Erfahrungen mit Kriminalität, entweder selbst als Opfer von Straftaten, oder es waren Nachbarn, Bekannte bzw. Freunde, die derartig leidvolle Erfahrungen machen mussten. Hinzu kommt aber die Faszination Kriminalität, das Verbrechen an sich. Hier denke ich, wirken ähnliche Faktoren wie beim Kriminalfilm.

Ein großes Zuschauerinteresse sehe ich auch in unseren Präventionsbeiträgen. Indem wir Straftatenbegehung, typische Betrugsaschen und Trickbetrügereien darstellen, warnen wir unsere Zuschauer, nicht auf ähnliche Begehungsweisen hereinzufallen. Natürlich werden wir hierbei auch hin und wieder mit

dem Vorwurf konfrontiert, die Sendungen wären doch erst Anleitung zum Handeln. Selbstverständlich kann man das im Einzelfall nicht ausschließen. Dem steht aber in unserer Sendereihe der kompetente und verantwortungsvolle Umgang der Autoren mit der Darstellung der Fälle gegenüber und das vordergründige Interesse, der Aufklärung von Straftaten zu dienen.

**Redaktion „info 110“** In der Sendung am 12. Januar konnten Sie im Jahresrückblick eine beachtliche Bilanz ziehen. Jede vierte Straftat der durch die Sendereihe „TOP“ ausgestrahlten Fälle konnte aufgeklärt werden. Welche Akzeptanz hat „TOP“ bei der Polizei und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Brandenburger Polizisten?

**Uwe Madel** Mit der Polizei gibt es eine gute Zusammenarbeit. Sie ist in den letzten Jahren zunehmend besser geworden. Hier denke ich, hat sich ausgezahlt, dass ein solides Vertrauensverhältnis hergestellt wurde. Es herrscht Offenheit zwischen uns und wir gehen fair miteinander um. Unsere Sendung ist auch nicht darauf angelegt, irgend etwas Geheimnisvolles oder hoch Interessantes „herauszukitzeln“ und damit letztendlich den Ermittlungen zu schaden. Unser Ergebnis spricht da eigentlich für sich und so wollen wir auch weiter machen. Rückmel-

dungen von Kriminalbeamten über eine z.B. erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen Kollegen über „TOP“ (siehe „Trickbetrüger ermittelt“, die Redaktion) bestätigen uns in unserer Arbeitsweise.

**Redaktion „info 110“** Also wunschlos glücklich?

**Uwe Madel** Nein, keineswegs! Ich sehe unsere Möglichkeiten hier noch nicht vollends ausgeschöpft. Insbesondere nach der Polizeistrukturreform in Brandenburg sollten die Schutzbereiche die Möglichkeiten des Fernsehens weitaus mehr nutzen. Nach meinen Erfahrungen gibt es wesentlich mehr Fälle, in denen ein Mithilfeersuchen an die Zuschauer erfolgversprechend wäre. Aber auch in der Darstellung des polizeilichen Alltags, z.B. auf einer Polizeiwache, sehe ich weitere Möglichkeiten des Ausbaus der guten Zusammenarbeit.

**Redaktion „info 110“** Sehen Sie sich nach dieser langen Arbeit in diesem Metier bereits selbst als Kriminalist?

**Uwe Madel** Nein, ich sehe mich doch eher als Journalist, auch wenn mir bereits der „Ehrenkommissar“ zuerkannt wurde. Aber ich sehe da auch durchaus Gemeinsamkeiten in beiden Berufen. Beide sind an Aufklärung interessiert, im Interes-

se des Bürgers. Und beide sind bei jedem Fall aufs Neue gefordert. Gut finde ich es, dass die Redaktion „TOP“ mit den Jahren mit einem soliden polizeilichen Fachwissen, insbesondere in der Fachsprache, kompetenter Partner der Polizei sein kann. In der Umsetzung der Fälle setze ich dann mehr auf die journalistischen Möglichkeiten. Auch ein Augenzwinkern darf dann dabei sein. Anders wäre es wohl auch kaum möglich unseren „kuriösen Fall“ zu gestalten. Auch ist es mir wichtig, dass wir mit der Darstellung unserer Fälle beim Zuschauer keine Angst erzeugen. Kriminalität ist Bestandteil der Gesellschaft – so unsere Botschaft, aber man kann etwas dagegen tun.

**Redaktion „info 110“** Sie moderieren diese Sendereihe von Anbeginn, haben sich aber eher durch das Abendjournal und die Reihe Fernseh bekanntschaften als eines der Fernsehgesichter des ORB profiliert. Halten Sie „TOP“ die Treue?

**Uwe Madel** Die Arbeit in der Sendereihe „Täter-Opfer-Polizei“ ist für mich nach wie vor eine sehr interessante Aufgabe. Kriminalität, die Aufklärung von Straftaten und die Warnung vor kriminellen Begehungsweisen haben eine gewisse Faszination für den Journalisten. Genug um „TOP“ weiter zu moderieren!

**Redaktion „info 110“** Wie sehen Sie die Zukunft der Sendereihe?

**Uwe Madel** Hier möchte ich einen Ausblick auf die Fusion von SFB und ORB wagen. Unsere Sendereihe hat sich bereits als ein Berlin - Brandenburger Polizeimagazin profiliert. In dem gemeinsamen Sender „Rundfunk Berlin Brandenburg“ (RBB) sehe ich deshalb gute Chancen für den Weiterbestand. Dabei steuern wir das Ziel an unsere Sendefrequenz zu erhöhen. Der Bedarf ist vorhanden!





## Trick- betrüger ermittelt

In den Mittagsstunden des 13.01.2003 klingelte eine zunächst unbekannte männliche Person an der Wohnungstür eines 70jährigen Rentners in Münchenberg. Nachdem die Tür der behindertengerechten Wohnung durch seinen Bewohner geöffnet wurde, trat der junge Mann auch sofort in die Wohnung ein und teilte ihm mit, daß er wegen einer Rentnererhöhung gekommen sei, in deren Genuß der Rentner nunmehr kommen solle. Um mit dem derart Beglückten darüber sprechen zu können, seien ihm jedoch Unkosten entstanden, um deren Begleichung er den Rentner nunmehr bat. Der sicher auftretende Mann erlangte das Vertrauen des Rentners, indem er ihn in ein Gespräch über Gehilfen und neueste Entwicklungen in der Medizin verwickelte. Anschließend bat er um Aushängung der Geldkarte. Der Rentner folgte dieser Bitte. Wenn hier auch nicht über die Geheimzahl gesprochen wurde, so steckte die PIN doch auf einem kleinen Zettel notiert in der Kartenhülle. Der getroffenen Verabredung, die Geldkarte am selben Tag wieder zurückzubringen, kam der junge Mann -

erwartungsgemäß nicht nach. Statt dessen nahm er Barabhebungen in Höhe von mehreren Tausend Euro in Münchenberg, Berlin und Hamburg vor. Bei einer dieser Barabhebungen wurde er von einer Überwachungskamera aufgenommen. Die hier entstandenen Bilder wurden im Zuge der Öffentlichkeitsfahndung auch der Redaktion von „Täter-Opfer-Polizei“ übermittelt. In deren Sendung vom 26.01.2003 wurde der vorgenannte Sachverhalt mit einem der Bilder ausgestrahlt.

Die Sendung wurde auch von einer Berliner Kriminalbeamtin verfolgt, die sich eine Videoaufzeichnung der Sendung „Täter-Opfer-Polizei“ am Folgetag gemeinsam mit Kollegen ansah und hier die Vermutung zur Gewißheit wurde, daß es sich bei der auf dem Überwachungsfoto abgebildeten Person um den 36jährigen Thomas K. aus Danneberg handelte, welchen die Berliner Kollegen bereits in der Vorwoche wegen ähnlicher Betrugshandlungen inhaftiert hatten.

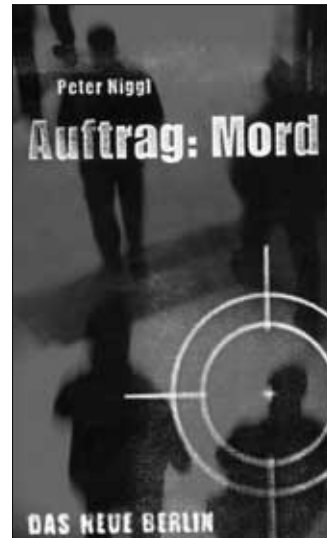
Nach dieser Sendung gingen auch weitere Hinweise z. B. aus Wittenberge und aus Mecklenburg-Vorpommern auf diese Person ein, die bei ihrer Festnahme auch noch die auf dem veröffentlichten Fahndungsbild abgebildete schwarze Winterjacke mit den Initialen „HH“ auf der linken Brustseite trug.

Ein Fahndungserfolg, an dem neben den Ermittlern und den Kollegen der Pressestelle wesentlich auch das Redaktionsteam von „Täter-Opfer-Polizei“ beteiligt war.

Allen ein Dankeschön für diese Zusammenarbeit!

Thomas Wilde

## GELESEN



*Es sollen nicht immer nur Fachbücher sein, die wir in der info 110 vorstellen. Es müssen hier auch nicht ausschließlich polizeiliche Themen literarisch abgehandelt werden. Vielleicht lesen Sie gerade ein Buch, das Sie gern weiterempfehlen möchten. Schlimmstenfalls können Sie Ihre Kollegen aber auch vor der Lektüre warnen. Kristina Parusel arbeitete von Mitte Februar bis Anfang April dieses Jahres als Praktikantin in der AG „Fachliche Öffentlichkeitsarbeit“ im MI-Referat IV/1 und studiert im dritten Semester Jura. Sie hat sich Ihnen am 05.03.2003 bereits im Intranet der Polizei mit dem Beitrag „Polizei ohne verstaubte Amtsbüros“ vorgestellt. In der folgenden Rezension geht es um ein Buch zu Auftragsmorden. Ein Thema, mit dem sich einige von Ihnen vielleicht eines Tages auch beruflich beschäftigen müssen.*

### „Auftrag: Mord“ von Peter Niggel

Auftragsmorde, das ist bekannt, sind schon lange nicht mehr nur ein Mittel der Unterwelt, sich lästige Bekannte vom Hals zu schaffen. Sie dienen als Mittel im Kampf um Reichtümer, es geht um Luxus – egal, in welcher Form und in welchen Ausmaßen. Erschreckend ist,

dass es auch in der sogenannten normalen Welt immer häufiger vorkommt, dass zur Beseitigung des ungeliebten Ehepartners oder des geschäftlichen Konkurrenten ein Mörder beauftragt wird.

Aber was sind das für Menschen, die diese Aufträge erteilen bzw. annehmen? Was bewegt diese Personen dazu, sich auf so grausame Art und Weise eines anderen Menschen zu entledigen? Diese und zahlreiche andere Fragen versucht Peter Niggel in seinem Buch „Auftrag: Mord“ zu durchleuchten. Vorweg genommen: Das macht er auf eine Art und Weise, die einen das Buch geradezu in einem Zug „verschlingen“ lässt. Es ist spannend und erschreckend zugleich.

Peter Niggel verbindet aktuelle Mordfälle mit solchen, die noch heute in der Rechtslehre vorherrschend sind und mit denen auch ich beim Jura-Studium gequält werde, wie z.B. dem „Katzenkönigfall“, „Rose – Rosahl“ und dem „Hoferbenfall“. Damit möchte er zeigen, in welchen, zuweilen auch skurrilen, Situationen ein Auftragsmörder engagiert wird. Schockierend für mich war beim Lesen, dass dieses „Phänomen“ in fast allen gesellschaftlichen Schichten vorkommt. Bei den sogenannten normalen Menschen wie auch den oberen Zehntausend, wo meist die Habgier als Auslöser der Tat gilt.

So beschreibt Niggel u.a. den Fall der Familie Gucci. Die Ex-Frau des Erben des Gucci-Imperiums, Patrizia Reggiani, bezahlte einen Auftragsmörder, um ihren Ex-Mann umbringen zu lassen. Sie wollte das gesamte Vermögen für sich behalten. Aber auch solche Motive wie Rache, Hass und Verzweiflung fand ich bei den geschilderten Fällen. Niggel erinnert an einen Mord aus dem Jahre 1987 in Frankfurt am Main. Ein Sohn ließ seine Eltern durch einen Auftragsmörder bestialisch niedermetzeln. Aus Hass. Während der Tat saß der junge Mann ein Stockwerk höher und hörte die Todesschreie der Eltern. Er bezeichnete seine Tat als ein Weihnachtsgeschenk an sich selbst; „Heute schenke ich mir meine lang erträumte Freiheit“. Es gibt die verschiedensten Gründe warum Kinder ihre Eltern umbringen lassen wollen. Zum einen, wie oben beschrieben, der abgrundtiefe Hass den die Kinder im Laufe der Jahre gegenüber ihren Eltern aufgebaut haben und der irgendwann in einer so grausamen Tat zum Vorschein kommt. Zum anderen sind es aber ganz banale Motive, wie zum Beispiel beim 16jährigen Lukas der sei-

ne Eltern umbringen lassen wollte, weil sie ihm wegen schlechten Benehmens Hausarrest gegeben haben. Der Autor beschreibt diese und zahlreiche andere Fälle derartig detailgenau, dass es einem beim Lesen eiskalt den Rücken hinunterläuft.

Es ist nicht neu, dass sich auch Prominente manchmal wegen Anstiftung zum Mord verantworten müssen. Bei Niggel findet sich der spektakuläre Fall des Ex-Bauministers Jochen Wolf aus Brandenburg, über den in den Medien monatelang berichtet wurde. Diese Berichte haben dem Autor offensichtlich ausgereicht, um dem Fall „Wolf“ in diesem Buch einige ausführliche Passagen zu widmen. Der ehemalige Minister wollte seine Frau mit Hilfe eines Auftragsmörders umbringen lassen, um mit einer anderen Frau ein neues Leben beginnen zu können. Jochen Wolf wurde bei der Geldübergabe festgenommen und im Februar 2002 wegen versuchter Anstiftung zum Mord zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Beim Lesen des Buches stellt ich mir die Frage wie und wo der Autor eigentlich recherchiert hat. Viele der Beiträge, auf die sich Peter Niggel bezieht, entstammen der „Yellow Press“, deshalb erscheint das Buch für den einen oder anderen Leser vielleicht weniger glaubhaft. Ich denke, dass „Auftrag: Mord“ trotzdem sehr lesens- und empfehlenswert ist, denn die Fälle, mit reißerischen Nebenstorys verbunden, geben dem Buch eine ungeheure Spannung. Und wer kann nicht von sich behaupten, dass er das eine oder andere Mal in die „Yellow Press“ schaut und sich die Sensationsberichte durchliest? Ich gebe es jedenfalls zu und empfehle daher, das unbestreitbar spannende Buch auch mit ein wenig „Vorsicht“ zu lesen.

Erschrecken ließ mich, dass es zunehmend mehr jugendliche Anstifter und Täter gibt. Ein Beispiel sind zwei Schwestern (23, 17) aus Hessen, die ihre Eltern durch Freunde umbringen ließen. Das Buch zeigt dem Leser deutlich, wie weit einige Menschen gehen würden, nur um in Zukunft finanziell abgesichert zu sein. Oft waren sie bis zu dieser Tat unbescholtene, polizeilich unauffällige Bürger. Da bewahrheitet sich doch der Spruch „Bei Geld hört die Freundschaft auf“. Aber wer sind die Menschen, die bereit sind diesen „Auftrag Mord“ auszuführen? Sind es die Profikiller, die wir aus Film und Fernsehen kennen? Nein, so die „Antwort“ der beschrie-

benen Kriminalfälle. Oftmals sind es Gelegenheitsmörder, die sich schnell einen Euro nebenbei verdienen möchten.

Gut, dass der Autor weiter gehende Fragen nicht ausklammert. So die, wie man eigentlich einen Auftragsmörder findet. Und das hat mich am meisten schockiert. Einerseits reichte einfach die Aufgabe einer Anzeige, andererseits stammen viele Auftragnehmer aber aus dem unmittelbaren Umfeld des Anstifters. So war es der Geliebte der Ehefrau, die ihren Mann beseitigen wollte oder weitere Bekannte, die dann automatisch zu Mitwissern wurden.

Letzte Frage: was kostet es, jemanden umbringen zu lassen? Die den Mördern gezahlten Gelder sind erstaunlich niedrig. Von deutschen Gerichten wurde als Durchschnittspreis für einen Auftragsmord ca. 10.000 € festgestellt. Dass ein Menschenleben so wenig wert ist, ist ziemlich traurig.

Als ich das Buch gelesen hatte, war ich erstaunt, wie viele Auftragsmorde es in Deutschland bereits gegeben haben soll, aber gleichzeitig fragte ich mich, wie viele wohl unentdeckt geblieben sind. Wie oft hat z.B. ein Mörder genug Schweigegeld bekommen, um die Zeit im Gefängnis zu überbrücken. Hier bleibt das Buch von Peter Niggel verständlicherweise die Antwort schuldig.

Als Wort zum Schluss: Wenn jemand das Buch in die Hände bekommt, unbedingt lesen, denn so kurzweilige Unterhaltung mit düsterem authentischem Hintergrund findet man selten!

*Kristina Parusel  
Praktikantin*

*Das Buch ist im Verlag „Das Neue Berlin“ im Jahr 2002 erschienen. Bestellt werden kann es zum Preis von 12,90 € über „Das Neue Berlin“ Verlagsgesellschaft mbH, Rosa-Luxemburg-Straße 39 10178 Berlin ISBN 3-360-00981-9 www.dasneueberlin.de*

## Vermögensabschöpfung im Strafrecht

### Verfall, Einziehung und vorläufige Vermögenssicherung Ein Leitfaden für die Praxis

*Von Dr. iur. Johann Podolsky, Kriminaldirektor im Landeskriminalamt Baden-Württemberg, und Dr. iur. Tobias Brenner, Richter am Landgericht Stuttgart. Erschienen im Richard Boorberg Verlag, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart bzw. Levelingstr. 6a, 81673 München 2003, 176 Seiten, 19,80 € ISBN 3-425-03071-7*

Die Kriminalstatistik zeigt, dass der Großteil der Straftaten auf das Erzielen von Vermögensvorteilen gerichtet ist. Vor allem die organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Korruption und Umweltkriminalität sind im hohen Maße profitorientiert. Das geltende Recht bietet praktikable und durchgreifende Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung, um den genannten Deliktsebenen die finanzielle Basis zu entziehen. Die größten Teile seit den 70er Jahren existierenden Vorschriften werden erst seit den 90er Jahren konsequent genutzt - mit steigendem Erfolg: allein in Baden-Württemberg überschritten die gesicherten Vermögenswerte im Jahre 2000 die dreistellige Millionengrenze.

Die Vorschriften zur Vermögensabschöpfung, insbesondere des Verfalls nach §§ 73ff. StGB, sind hochgradig komplex und erschließen sich nicht von selbst. Hinzu kommen die nicht immer übersichtlichen Sicherungsmechanismen, die ohne fundierte Kenntnisse des Zivilrechts, insbesondere des Zivilprozessrechts und Zwangsvollstreckungsrechts, nicht angewendet werden können.

Der neue Leitfaden gibt einen Überblick über die Verfallsvorschriften und Vorschriften zur vorläufigen Vermögenssicherung mit ihren wesentlichen Fragen und Problemen in der Praxis. Das Kapitel „Die Verfallsvorschriften“ behandelt detailliert die einzelnen Prü-

fungsmerkmale dieser Regelungen sowie Sonderfälle, wie etwa, dass zivilrechtliche Ansprüche des Verletzten nicht bestehen oder unbekanntem Verletzten zivilrechtliche Ansprüche zustehen. Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit der Einziehung gem. § 74 StGB. Im Kapitel „Verfahrensvorschriften zur vorläufigen Vermögenssicherung“ gehen die Autoren ausführlich auf die Sicherstellung durch Beschlagnahme nach § 111b Abs.1 StPO und den dinglichen Arrest ein. Zahlreiche Prüfungsschemata und Übersichten sowie Fallbeispiele aus der Praxis verdeutlichen die schwierige Thematik. Das Werk wendet sich an alle, die mit Finanzermittlungen und Vermögensabschöpfung rechtlich in Berührung kommen, insbesondere Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter, Rechtsanwälte, Versicherungen und Banken.

## Studienbuch Soziologie

### Soziologie. Studienbuch für die Polizei

*Von Bernhard Frevel, Hans-Joachim Asmus, Hermann Groß, Jörg Lamers, Karlhans Liebl. 1. Auflage 2002, 224 Seiten, DIN A 5, Broschur, 7,80 €. Zu beziehen über Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH Buchvertrieb, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon 0211/7104212 ISBN 3-8011-0469-9*

„Polizeiliches Handeln ist immer in der Gesellschaft und für die Gesellschaft“ heißt es im Vorwort zu diesem Soziologie-Studienbuch, das fünf Polizei-Fachhochschullehrer verfassten. Im konsequenten Unterschied zu anderen Einführungswerken in die Soziologie beschränken sich die Darstellungen in dieser Publikation nicht auf Grundlagen der mikro- und makro-soziologischen Erkenntnisse, sondern beziehen diese auf die konkreten Handlungsbezüge der Polizei. Damit gelingt es, soziologisches Wissen so aufzuarbeiten, dass es für die Polizistinnen und Polizisten neben den



VERMISCHTES

Rechtskenntnissen, den Prinzipien der Einsatzlehre sowie auch dem psychologischen Verständnis als „vierte Säule“ der Orientierung in der Praxis dienen kann. In acht Kapiteln schlagen die Wissenschaftler den Bogen von den Grundfragen der Soziologie und der Behandlung des sozialen Handelns zum Thema der Gesellschaftsstruktur. Sie analysieren gruppen- und organisationssoziologische Erkenntnisse, betrachten das Spannungsfeld von Konformität und abweichendem Verhalten einerseits und der Bedeutung des Rechts andererseits. Auch berufssoziologische Aspekte werden behandelt. Die Themenaspekte orientieren sich sowohl an der spezifischen Relevanz für das polizeiliche Handeln als auch an den Soziologie-Lehrplänen, die an den Polizeifachhochschulen der Bundesländer gelten. Damit wird das Lehr- und Studienbuch ein wichtiges Werk zur Vor- und Nachbereitung sowie zur Vertiefung und Ergänzung des Unterrichts.



**Modernisierung gestalten – Fortschritt ermöglichen**

Ein Beitrag zur Umsetzung des Steuerungs- und Führungssystems der Polizei NRW beim Polizeipräsidentium Köln. Herausgegeben von Klaus-J. Steffenhagen. 1. Auflage 2003, 239 Seiten. DIN A5, Broschur, 25,90 €. ISBN 3-8011-0481-8.

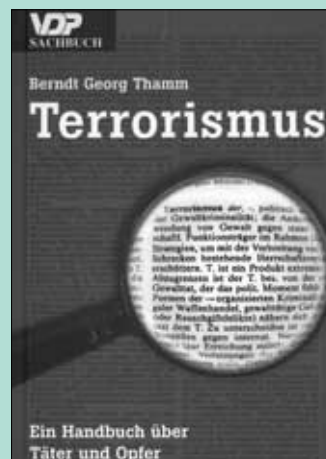
Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH Buchvertrieb, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon (0211) 7104 - 212, Telefax (0211) 7104 - 270, E-Mail: vdp.buchvertrieb@polizei.de oder www.vdpolizei.de

Der Aufgabenkatalog der Polizei ist zunehmend komplexer geworden; damit korrespondiert eine von Dienstleistung und Bürgerorientierung geprägte Erwartungshaltung der Bevölkerung. Eine hieran orientierte Rollenfindung der Polizei als auch eine adäquate Aufgabenerfüllung in all ihrer Vielfalt stellen vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen gegenwärtig besonders anspruchsvolle Herausforderungen dar. Insbesondere wird intern die Suche nach wirksamen Steuerungsmitteln, die eine hinreichende Bindekraft entfalten, von herausragender Bedeutung sein.

Mit dem Modell einer „Selbststeuerung“ wurde beim Polizeipräsidentium Köln versucht, den Anforderungen und Ansprüchen der Neuen Steuerung in diesem Sinne zu entsprechen. Man konzentrierte sich dabei auf die ganz konkreten Schwachstellen in der Polizeibehörde, wobei man den Prozess wie auch die Ergebnisse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erlebbar machen wollte.

„Modernisierung gestalten - Fortschritt ermöglichen“ dokumentiert diesen Prozess präzise und umfassend. Angefangen mit einer so genannten Ist-Analyse, also einer wissenschaftlichen Beschreibung der Polizeibehörde in ihren Strukturen, mit ihren Stärken und Schwächen, werden darauf aufbauend Veränderungsschritte detailliert beschrieben und deren Wirkungen bzw. Erfolge - soweit diese sich bis zum heutigen Tage abzeichneten - aufgezeigt. Autoren, die in dem Prozess in welcher Form auch immer beteiligt waren, berichten u.a. zum Leasing von Polizeifahrzeugen, zur effektiveren Ausgestaltung von Ordnungspartnerschaften, zu Konzepten der „Entbürokratisierung“, zu flexibleren Arbeitszeitmodellen und Hospitationen, zur Förderung von Führungskräften im Bereich der

Personalentwicklung und nicht zuletzt zu einschneidenden Veränderungen der Organisationsstruktur. Begleitet werden diese sehr realitätsnahen Beschreibungen von Ausführungen des Initiators der „Selbststeuerung“, dem Kölner Polizeipräsidenten Klaus-J. Steffenhagen, der in einem persönlichen und durchaus kritischen Ausblick das Reformpotential im Bereich der Polizei des Landes NRW skizziert und entsprechende Perspektiven einer umfassenden Modernisierung aufzeigt.



**Terrorismus**

Terrorismus. Ein Handbuch über Täter und Opfer. Von Bernd Georg Thamm. Unter Mitarbeit von Thomas Gandow, Dr. Rainer Glagow, Dr. Jutta Helmerichs und Klaus Neidhardt. 1. Auflage 2002, 258 Seiten, DIN A5, gebundene Hardcover-Ausgabe, 29,90 €. Zu beziehen über Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH Buchvertrieb, Forststraße 3a, 40721 Hilden. Telefon 0211-7104 212, Fax 0211-7104 222. Internet www.vdpolizei.de. ISBN 3-8011-0457.

Terrorismus, von lat. „terror= Schrecken“, zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der zivilisierten Menschheit. Der im 19. Jahrhundert begonnene „moderne Terrorismus“ hat russische Wurzeln. Gut einhundert Jahre später,

zum Ende des 20. und Beginn des 21. Jahrhunderts, prägten innerhalb weniger Jahre zwei weltbewegende Anschläge das Bild eines „neuen Terrorismus“.

So verantworteten am 20. März 1995 Mitglieder der japanischen Sekte AUM Shinri-Kyo in der U-Bahn von Tokio einen Anschlag mit Sarin, einem in eigenen Laboren hergestellten chemischen Kampfmittel. Ein gutes halbes Jahrzehnt später verübte ein Terrorkommando des islamistischen Netzwerkes „al-Qa'ida“ am 11. September 2001 einen Selbstmordanschlag in den USA, in dem es zu Lenkmaschinen umfunktionierten Passagierflugzeuge in das World-Trade-Center in New York und das Pentagon in Washington flog.

Beide Anschläge machten die Dimension der Menschenverachtung und die Potenz des neu entstandenen „Privat-Terrorismus“ deutlich. Dieser internationale Terrorismus bedroht letztlich global insbesondere Zivilisten und macht auch eine neue Terrorismusbekämpfung erforderlich, in die – in international abgestimmtem Vorgehen – Strafverfolgungsbehörden, Nachrichtendienste und das Militär gleichermaßen eingebunden sind. Die Forschung von „New Terrorism“ unterscheidet ethno-nationalen und religiös motivierten Terrorismus. Sie sieht im Bündnis von Terrorismus und Organisierter Kriminalität Gefahren für die Völkergemeinschaft, was gleichermaßen auch für Kooperationen verschiedener Terrorismen gilt.

Als Sachbuch richtet sich das vorliegende Werk, in welchem namhafte Experten mit Fachbeiträgen vertreten sind, vornehmlich an beruflich Interessierte aus den Bereichen Polizei, Justiz und an Militärangehörige.

Als Handbuch richtet es sich darüber hinaus sowohl an Journalisten als auch an interessierte Laien, insbesondere durch über 90 lexikalische Stichwortkästen, die von „Abu-Nidal-Gruppe“ über „Märtyrertod“ bis „Taliban“ nähere Auskunft über Täter und Opfer des Terrorismus geben.